

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 M. Einzelne Nr. 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustr. Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1885 unter Nr. 746.)

Insertionsgebühr beträgt für die 3 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Abonnements-Einladung.

Zum bevorstehenden Vierteljahrs-Wechsel erlauben wir uns, alle Arbeiter Berlins zum Abonnement auf das

„Berliner Volksblatt“

mit der Gratis-Beilage

„Illustrirtes Sonntagsblatt“

einzufügen.

Frei ins Haus kostet dasselbe für das ganze Vierteljahr 4 Mark, für den Monat April 1 Mark 35 Pf., pro Woche 35 Pf.

Bestellungen werden von sämtlichen Zeitungs-Expeditoren, sowie in der Expedition, Zimmerstraße 44, angenommen.

Zu dem bevorstehenden Umzug machen wir unsere Leser noch ganz besonders darauf aufmerksam, die neue Wohnung dem Expéditeur rechtzeitig anzugeben, damit in der Bestellung der Zeitung keine Unterbrechung eintritt.

Am 1. April werden wir mit der Veröffentlichung eines höchst interessanten und spannenden Romans aus der Feder Friedrich Gerstäcker's

Im Eckfenster

beginnen.

Den neu hinzutretenden Abonnenten wird — soweit der Vorrath reicht — der bisher erschienene Theil des Romans

„Gesucht und gefunden“

sowie das

„Illustrirtes Sonntagsblatt“

gratis und franco nachgeliefert.

Für Außerhalb nehmen alle Postanstalten Abonnements für das nächste Quartal zum Preise von 4 Mark entgegen.

Die Redaktion und Expedition des „Berliner Volksblatt.“

Die französische Wahlreform.

Die Idee Gambetta's, das Einkreiswahlssystem abzuschaffen und an dessen Stelle eine Wahl nach Listen mit Kandidaten zu setzen, konnte bekanntlich zu Lebzeiten des großen Redners und ehrgeizigen Politikers nicht durchdringen; sie scheiterte an dem Widerstande der konservativ-republikanischen Mehrheit des Senats, nachdem die Abgeordnetenkammer sich mit nicht allzu großer Mehrheit für das Projekt erklärt hatte. Was Gambetta seinerzeit mit dem Listensystem wollte, ist klar; er bezweckte damit, die gegnerischen Parteien bei den Wahlen vollständig niederzuwerfen. Er selbst mit seinem populären Namen als

„Großwähler“ an der Spitze der republikanischen Liste hätte sich eine unbeschränkte Herrschaft auf dem Gebiete des allgemeinen Wahlrechts gesichert, denn die Wahl nach Listen, wie Gambetta sie wollte, schließt die Vertretung der Minoritäten vollständig aus. Dies brutale System, ganz der gewaltthätigen Natur Gambettas entsprechend, fand bei der entschiedenen Demokratie den heftigsten Widerspruch und mit Recht. Es war auf einen Caesarismus des allgemeinen Wahlrechts zugeschnitten, wobei es ganz bedeutungslos blieb, ob dieser Caesar sich Republikaner nannte oder nicht.

Runmehr, nachdem Gambetta längst todt, ist sein Gedanke von seinen politischen Schülern und Erben wieder aufgenommen und zum zweiten Male vor die Kammer gebracht worden. Die Kammer hat denn auch, nach reiflicher Erwägung, dem Vorschlage zugestimmt und zwar mit der unerwartet großen Majorität von 400 Stimmen. Wie der Senat sich verhalten wird, steht dahin; man weiß aber, daß er, um seine Existenz überhaupt nicht in Frage zu stellen, einem energischen Drängen der Kammer gewöhnlich nicht lange widersteht. So ist es wahrscheinlich, daß die französische Republik demnächst mit dem Listensystem ausgestattet werden wird.

Bei der Diskussion der Vorlage ist ein schönes Wort gesprochen worden, das indessen die Herren Volksrepräsentanten nicht beherzigt haben. Ein Abgeordneter warnte vor der Unterdrückung der Minoritäten, wie sie vom Listensystem unzertrennlich sei; er meinte, man müsse die Minoritäten zur Geltung gelangen lassen, weil von ihnen gewöhnlich die neuen und bahnbrechenden Ideen ausgingen. Der Mann hatte Recht, und er verließ die Tribüne mit dem Bewußtsein, daß bahnbrechende Ideen auch durch ein Listensystem nicht aufgehalten werden können.

Die republikanische, besser gesagt, bürgerlich-liberale Partei, die gegenwärtig in Frankreich im Besitz der Staatsgewalt ist, scheint allerdings kein Bedürfnis zu fühlen, neue und bahnbrechende Ideen zur Geltung kommen zu lassen. In dieser Partei haben sich, nach ihren ersten Erfolgen, all die politischen Streber angesammelt, die bereit sind, jeder Macht zu dienen, sobald sie nur Aussicht haben, zu Reichthum, Einfluß und Ehren zu gelangen. Diese Partei beutet nun den Umstand aus, daß sie im Besitz der Staatsmacht ist; sie führt Kriege mit dem Blut und Geld des Landes, die keinen anderen Zweck haben, als den Geldbeutel der Herrschenden zu füllen, während die Masse die Kosten zu bestreiten hat. Natürlich denkt man auch

bisweilen daran, daß sich das Blatt einmal wenden könnte, denn das allgemeine Wahlrecht ist eine unsichere Basis für eine Partei, die dauernd herrschen möchte. Deshalb verfällt man auf das Listensystem, dessen Zweck ist, die Minoritäten völlig todt zu machen und der gegenwärtigen Majorität die Herrschaft zu sichern.

Klug ist das nicht. Es ist der Fehler, in den alle konservativen Parteien und Regierungen verfallen sind, und der darin besteht, daß man durch äußerliche Mittel, die dem herrschenden System zwar unangenehm, aber doch in den tatsächlichen Verhältnissen begründeten Neuerungen zu verhindern oder wenigstens aufzuschieben sucht. Das ist noch nirgends gelungen, am allerwenigsten in Frankreich, wo doch schon die verschiedensten Regierungssysteme versucht worden sind. Man könnte glauben, die Herren Republikaner wären zu bequem gewesen, die an Lehren und Erfahrungen so überreiche Geschichte ihres eigenen Landes zu studiren.

Wenn die republikanische Partei sich dauernd an der Regierung erhalten wollte, so gab es für sie ein weit einfacheres und besseres Mittel; sie mußte die sozialen und wirtschaftlichen Mißstände energisch bekämpfen. Wie würden die von ihrer Rothlage so hart bedrängten französischen Arbeiter aufgejubelt haben, hätte sich einmal eine Regierung gefunden, die ihnen auch nur etwas entgegenkommen wäre? Allein statt des Bonapartismus mit seinen auf politische Korruption berechneten Almosen haben sie nun eine Regierung von Kapitalisten und Advokaten, die für die Rothlage des Volkes nur lächerliche Phrasen haben und für welche die Kurzschwankungen der Börse den Herzschlag der Welt bedeuten. Diese Leute haben als Ziel vor sich die kaufmännische Verwerthung der Kräfte des Landes zunächst im Interesse ihrer eigenen werthen Person und dann im Interesse des Schwarmes von Strebern, der hinter ihnen steht. Von sozialen Reformen keine Spur, auch nicht ein Gedanke davon. Während die Arbeitslosigkeit in Paris erschreckende Dimensionen angenommen hat, haben diese Herren ihre Blicke nur auf die „Erfolge“ ihrer Truppen in Ostasien gerichtet, die dort neue Bahnen für die Speculationen der heimischen Bourgeoisie eröffnen sollen.

Die dauerhafteste Regierung ist diejenige, welche sich das volle Vertrauen des Volkes zu erringen und zu sichern weiß. Daß die herrschende Partei das Listensystem einzuführen für nothwendig findet, ist aber der Beweis, daß sie selbst fühlt, daß sie das Vertrauen des Volkes nicht besitzt, wenigstens nicht in dem Grade, der zu ihrer Dauer

Feuilleton.

127

Gesucht und gefunden.

Roman von Dr. Dux.

(Fortsetzung.)

Es war für Fritz kein beglückendes Gefühl, als er die Ueberzeugung gewann, daß auch Elly ihn liebte. Unter anderen Umständen würde ihn diese Erklärung unendlich beglückt haben, so aber setzte sie ihn fast in Schrecken. Er wußte, daß Elly's kindliche Naivität allein Ursache sei, daß sie so unumwunden die Erklärung abgab, sie verzichte lieber auf alles Glück, als daß sie sich von ihm trennen wolle.

Er hatte nun nicht allein gegen seine eigene Liebe zu kämpfen, er hatte auch noch die Pflicht, Elly wehe zu thun.

„Das Schicksal hat es nicht gewollt, Miß Elly,“ sagte er, „daß wir einander länger Freunde sein dürfen, als bis zu dem Zeitpunkt, da Sie andere Freunde gewinnen. Von dem Augenblick an, da Sie ihre Mutter gefunden haben werden, gehören Sie nicht mehr den Kreisen an, denen Sie bisher angehört. Sie dürfen dann nicht mehr in Bethesda bleiben und müssen auch all' dem entsagen, das Sie noch an diesen traurigen Ort knüpft. . . . Wenn Sie auch die Gewohnheit und die Dankbarkeit an diese oder jene Person fesseln mag, Sie werden das in der neuen Sphäre, in welcher Sie leben werden, gar bald vergessen, und werden gar bald bemächtigt sein müssen, alle Erinnerungen an Bethesda und die Freunde, die Sie zurücklassen, zu verbannen.“

„Niemals, niemals, Mr. Rodenburg!“
„Ohne Zweifel sehnen Sie sich, Ihre Mutter wiederzusehen?“

„Ich vermag ein solches Glück nicht zu fassen!“
„Die Zeit ist hoffentlich nicht mehr fern, bis es Ihnen gegönnt ist, Ihre Mutter zu umarmen. Was an mir liegt, werde ich darauf hinwirken, sie zu beschleunigen; ein Zufall hindert mich daran, jetzt etwas für Sie zu thun, in wenigen Wochen aber ist Ihr Schicksal entschieden, Miß Elly. . . . und auch das meinige.“ sagte er nach einigem Zögern und einem leisen Beben seiner Stimme hinzu.

„Und ich soll Ihnen nicht zeitweilig dankbar sein?“ rief Elly, indem sie seine Hand ergriff. „Ich sollte die Erinnerung an Sie verbannen? . . . Nein, Herr Doktor Rodenburg, dies werde ich niemals, und wenn ich auch ohne Sie glücklich werden könnte, ich würde Sie nicht vergessen können, denn Ihnen allein verdanke ich alles Glück, welches ich erreichen kann.“

„Nicht mir; ich that nur meine Pflicht,“ erwiderte er, indem er die zarte Hand des Mädchens in der seinigen zärtlich drückte und ihr innig in's Auge schaute. „Wollen Sie sich meiner später erinnern, so widmen Sie mir nicht größere Dankbarkeit, als ich verdiene; doch nehmen Sie die Ueberzeugung mit, daß Sie niemals einen wahreren Freund gehabt haben.“

Fritz ging, und Elly mit dem überrollen Herzen blieb allein zurück. In dem Ueberwallen ihrer Empfindungen vermochte sie nicht, Alles, was sie in diesem Augenblicke bewegte, in ihrer Brust zu verschließen. Sie mußte Jemanden ihr Herz ausschütten, und wenn anders hätte sie es ausschütten können als ihrer Freundin? Sie eilte, um Miß. Forster alles mitzutheilen, was sie gehört hatte.

Sie fand diese heut nicht in der Stimmung wie gewöhnlich; ja, sie fühlte sich durch den Empfang, der ihr hier zu Theil wurde, fast zurückgestoßen.

Miß. Forster saß in der Ecke eines Sophas, hatte den Kopf gestützt und blickte nachdenkend und grübelnd zum Fenster hinaus. Sie bemerkte Elly's Eintritt kaum und wandte ihr das Antlitz erst zu, als Elly mit einem lauten: „O, meine Freundin!“ auf sie zustürzte und ihre Arme um ihren Hals schlang.

„Was giebt's?“ fragte Miß. Forster fast kalt und gleichgiltig.
„Ich habe Ihnen so Vieles mitzutheilen,“ sagte Elly. „Mein Herz ist so voll!“

Sie konnte nicht fortfahren; ein Thränenstrom mußte ihr erst das übervolle Herz erleichtern. Miß. Forster schloß sie nicht wie sonst in ihre Arme, streichelte ihr nicht wie sonst die Wangen, und beruhigte und tröstete sie nicht wie eine Mutter.

Sie wandte sich wieder kalt, fast gleichgiltig ab, und schaute wieder zum Fenster hinaus.

Endlich fand Elly Worte. „Ich werde meine Mutter wiedersehen!“ rief sie.

Wenn Elly erwartet hatte, daß Miß. Forster ihre Freude theilen würde, so hatte sie sich sehr getäuscht. Die Stirn der Freundin umdüsterte sich. Mit einem unheimlichen Blick starrte sie die Sprecherin an. Welche Veränderung war in dem Antlitz dieser Frau vorgegangen. Die sonst so sanften Züge waren fester und hart, der milde Ausdruck war verschwunden; Born, starrer Entschlossenheit, ja, eine gewisse unheimliche Bluth des Jornes schien aus denselben hervorzuleuchten. Wenn es möglich gewesen wäre, Grausamkeit und Blutdurst in diesen Zügen zu vermuthen, man hätte sie fast in denselben lesen können.

Elly starrte die Freundin eine Zeit lang erschrocken an. War es möglich, daß das dieselbe Frau war, welche ihr immer Freundin gewesen, welche sie wie eine Mutter geliebt hatte?

Der Blick dieser Frau schien das junge Mädchen durchbohren zu wollen.

„Sie werden Ihre Mutter wiedersehen! . . . Ha! Jede Mutter findet ihr Kind wieder, nur ich nicht die meinigen!“

Ihr Auge funkelte; das Weiße in demselben schien mit Blut unterlaufen. Ja, sie sah aus, als ob sie irgend einem unbekanntem Feind in diesem Augenblicke wüthende Rache drohe.

Fast vor diesem Blick zitternd sagte Elly, indem sie einen Schritt zurücktrat:

„Trennt Sie das nicht, Miß. Forster? . . . Ach, zweifeln Sie nicht; auch Sie werden glücklich sein, er ist ja auch Ihr Freund.“

„Wer?“ rief Miß. Forster mit demselben Ausdruck. „O, ich habe nur einen Freund, das ist der Wolf, der die Wölfin rächen wird; er wird Diejenigen zerreißen, die sie ihrer Jungen beraubt haben.“

Erschrocken vor dem entsetzlichen Ausdruck, mit welchem sie diese Worte sprach, prallte Elly zurück.

Miß. Forster, welche es bemerkte, zuckte zusammen. Sie fuhr sich mit der Hand über das Gesicht und schloß einen Augenblick die Augen. Ja, sie war in einem Zustande der Geistesabwesenheit gewesen. Sie hatte sich jetzt

nothwendig ist. Diesen Mangel durch den Zwang des Disziplinirungs ausschusses zu wolle, ist eine politische Uebertreibung, die sich indessen dadurch erklärt, daß man es eben mit einer ganz sonderbaren Sorte von „Republikanern“ zu thun hat. Herr Ferry, der Typus dieser Richtung, ist die verkörperte Mittelmäßigkeit und das sagt genug.

Politische Uebersicht.

Der deutsche Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke wird, wie verschiedene Blätter berichten, am 29. Mai zu Dresden seine allgemeine Versammlung halten. Ob er dann noch Grund haben wird, sich mit seinen jetzt dem Reichstage vorliegenden Wünschen für Schänken-Verschärfung zu beschäftigen, und schon Stoff und Anlaß, auf die einem Sachverständigenauschuss überwiesene Frage der Brauntweinsteuer-Erhöhung einzugehen, bleibt vorläufig offen. Dagegen wird man zum Abschluß zu bringen suchen die vor einem Jahre aufgenommenen, seitdem durch die Bezirksvereine gegangenen Fragen, ob ärgerniserregende Trunkenheit bestraft und der den Seitigen oder Andern gefährlich werdende Käufer entmündigt, beziehungsweise einem Verfassungsverfahren auch wider Willen unterworfen werden soll. Die Gutachten der Bezirksvereine werden durch Generalstaatsanwalt Dr. v. Schmale zusammengefaßt, der im Jahre 1881 nicht allein Präsident, sondern auch Referent der betreffenden Reichstagskommission war. Einen zweiten Gegenstand macht die Beaufsichtigung der Reinheit des Trinknapfes aus, über die Sanitätsrat Dr. Baer in Berlin zu berichten eingeladen ist. Endlich will der Vorsteher des Dresdener Vereins, Geh. Regierungsrath Dr. Böhmert, über den Brauntwein in Fabriken sprechen. — Es kann also losgehen mit der Errettung des deutschen Volkes von der Trunksucht. Ob das Volk wohl eine Abnung hat, wie sehr diese Männer sich abmühen, um den Schnapsteufel auszutreiben? Sicherlich nicht, denn Anerkennung ist eine Pflanze, die nur auf Gräbern wächst. Es bedarf also für die lebenden Schnapsteufel noch sehr der Tam-Tam-Schläge, um sich schon bei Verzeihen Anerkennung zu sichern; und wir sind gern bereit, ihnen diebezüglichen Rathschläge zu ertheilen. Wie wäre es denn, wenn sich der besagte Verein in dem Sinne der englischen „Heilsarmee“ organisierte? Sicherlich würden sich in allen Städten und Dörfern Deutschlands einige alte Weiber finden, die unter Heulen und Wehklagen, oder auch mit einem stumpfen Besen den Führern dieser „wichtigen“ Bewegung folgen würden. Vielleicht käme es sogar auch bei uns zu einem kleinen Schnapsthrakall, wie vor einigen Jahren in Amerika, wo bekanntlich einige Kneipen gestürmt und einigen Schnapsthrakallern der Boden ausgeschlagen wurde. Freilich würde bei dieser Gelegenheit von Exzedenten auch einer über die „Gebühr“ getrunken, ja manche schlüpfen nach dem Fusel direkt aus den zerfallenen Käfern und blieben in Folge dessen gleich neben dem Faß liegen, aber was wollte das sagen im Vergleich zu der großen Befreiung des amerikanischen Volkes von der Trunksucht. Gute trinken in Amerika nur noch ganz böse Menschen, namentlich ruinirte und durchgebrannte Bankdirektoren, weggejaagte Offiziere und Börsenjobber. Alles Leute, die durch irgend ein „Versehen“ in die „Neue Welt“ gerathen sind und dort keine Geringere wohl aber Schnaps vorfinden. Ihnen zur Seite stehen die Temperenzler oder auch Wassertrinker genannt, die den Schnaps nur aus der Apotheke beziehen, natürlich nur zu medizinischen Zwecken. Die amerikanischen Arbeiter trinken Bier, sie haben besseres zu thun als sich in Fusel zu berauschen; wenn es hier und da dennoch geschieht, so sind meistens Umstände schuld, die den Betroffenen zur Verzweiflung und zur Schnapsthrakall treiben haben. — Und analog verhält es sich mit den Schnapsthrakallern in Deutschland. Was berechtigt diese Leute, fortwährend auf die Arbeiter als auf diejenigen hinzuweisen, welche der Hauptsache nach dem Schnapsgenuß obliegen? Zugegeben, daß dieses der Fall ist, so ist damit noch gar nichts bewiesen, es müßte doch das Verhältnis der schnapsthrakallenden Arbeiter zu dem der schnapsthrakallenden Nichtarbeiter oder soz. Gebildeten festgestellt werden. Sicher würde eine genaue Untersuchung ergeben, daß im Verhältnis zu ihrer Zahl, sich unter den Arbeitern weniger Gewohnheitskäufer — und auf diese kommt es doch hauptsächlich an — befinden, als unter der sogenannten besseren Gesellschaft. Welchen „Mißbrauch“ wollen also die Herren beseitigen? Wollen sie wirklich Gutes stiften, dann mögen sie die Ursachen, die heute viele brave Menschen zur Verzweiflung und zur Schnapsthrakall treiben, beseitigen helfen. Auf das, was die Herren jetzt betreiben, bilden die Arbeiter mit souveräner Verachtung herab, es ist nicht dazu angethan, irgend welche Sympathien in Arbeiterkreisen zu erwecken, sondern ruft nur den Volkswuth nach, der sich bereits der planmäßigen Schnapsthrakall-Austreibung in hohem Grade bemächtigt hat.

In Betreff der Apothekenfrage verlautet, daß in maß-

gebenden Kreisen seit längerer Zeit Verhandlungen darüber gepflogen werden, ob es nicht zweckmäßig sei, um die Schaffung neuer Monopolrechte von Apotheken zu verhindern, unter Aufhebung der Birkular-Verfügung vom 21. Oktober 1848, die Birkular-Verfügung vom 18. August 1842 wieder einzuführen. In dieser Birkular-Verfügung werden die Regierungen angewiesen, in Fällen von Konzeptions-Verordnungen von Apotheken nicht fernher, wie es bisher geschah, dem abgehenden Apotheker den Vorschlag des Apothekers zu gestatten, sondern die Zustimmung des Besten nach Maßgabe der bestehenden Vorschriften selbst zu treffen. Es sollen, da ein Zurückgreifen auf Apotheken-Konzeptionen älteren Datums, die bereits in zweiter und dritter Hand sind, nicht gut thunlich ist, sämtliche konzeptionirte Apotheken, die noch in erster Hand, d. h. im Besitze der ursprünglichen Konzeptionäre sind und sämmtliche seit dem 1. Januar 1880 konzeptionirte Apotheken, mögen dieselben auch bereits durch Verkauf in andere Hände übergegangen sein, unveräußerlich sein und bei dereinstigem Abgang des Inhabers an die Regierung wieder zurückfallen. Da der Staat die Konzeption in der Konzeptions-Verleihungs-Urkunde ausdrücklich nur dem Konzeptionär für seine Person und unter ausdrücklichem Vorbehalt der Wieder-Einziehung der Konzeption bei seinem dereinstigen Abgang erteilt hat, so wird beabsichtigt, die ihm zustehende, aber allmählich abhanden gekommene freie Verfügung über die Apotheken-Konzeption zurückzuerlangen.

Zum Vieh-Ein- und Durchfuhrverbot. Nachdem auf Grund eines Bundesrath-Beschlusses vom 29. Januar d. J. zur Verhütung der Einschleppung von Viehseuchen die Ein- und Durchfuhr von Schafen und frischem Fleisch von Schafen aus Oesterreich - Ungarn, Rußland und deren Provinzialländern über die österreichisch-ungarisch-russische Grenzlinie verboten worden, ist nunmehr zur Verhinderung der Umgehung dieses Verbotes auf Grund des § 7 des Reichs-Viehseuchengesetzes vom 23. Juli 1880 und des § 3 des preussischen Ausführungsgesetzes vom 12. März 1881 auch die Ein- und Durchfuhr von Schafen und frischem Schafsfleisch aus dem Königreiche der Niederlande in bezug durch die diesseitigen Grenzbezirke verboten worden.

Bei der dritten Lesung der Zollnovelle soll von ultramontaner Seite eine Erhöhung des Sektensollens beantragt werden. Ferner ist vom Abg. Gehard ein Antrag eingebracht worden, welcher sich als Unterantrag zu dem Antrag der Freien Wirtschaftlichen Vereinigung (Schuydöllner), der für frische Fische einen Zoll von 3 Mk. einführen will, darstellt, und die Einführung dieses Zolles, soweit es sich um Seekische handelt, bis zum 1. Oktober 1888 hinauszuschieben beabsichtigt.

Die Braunschweiger Erbfolgefrage veranlaßt, daß sich die Blöde vieler Politiker ganz besonders auf die Vorgänge in diesem Duodez-Staate richten. Nach den landesrechtlichen Erbfolgebestimmungen muß binnen einem Jahre, vom Tode des Herzogs an gerechnet, endgültig darüber entschieden sein, wer in Zukunft die Herrschaft über das Land ausüben hat. Da nun der Endpunkt immer näher heranrückt, so wird auch die Entscheidung, welche der Regenschatzrath, wenigstens der Form nach, zu treffen hat, bald erfolgen müssen. — Seitens der staatsrechtlichen Kommission des Landtags wurde in der vorgestrigen Landtagssitzung eine Erklärung nachstehenden Inhalts verlesen: Die Kommission glaube sich mit der Regierung im Einverständnis, daß Schritte bezüglich der Thronfolgefrage seitens der Landesversammlung bei der gegenwärtigen Sachlage weder erforderlich noch wünschenswert seien. Die Kommission glaube sich auch mit der Regierung darin einverstanden, daß bezüglich der Durchführung des § 6 des Regenschatzgesetzes vorbereitende Schritte zu thun seien, daß aber auch die Befugnisse des Regenschatzrates erst nach der Durchführung dieser Maßnahmen erlöschen würden. Die Erklärung wurde ohne Debatte ad acta genommen. — Danach wird also der Landtag dem Regenschatzrath alles überlassen; derselbe wird die Regierung so lange führen, bis die Erbfolgefrage in der einen oder anderen Weise erledigt sein wird. — Auf eine Anfrage, wie es mit der Zahlung der ca. 1/2 Million betragenden Erbschaftsteuer seitens des Herzogs von Cumberland stehe, erwiderte der braunschweiger Staatsminister, er sei nicht in der Lage, diese schwierige und delikate Frage zur Zeit zu beantworten. — Der Abg. Schulte und neun andere Mitglieder des Landtags, haben folgende Interpellation gestellt: „Herzogliche Staatsregierung wird ersucht, darüber Auskunft zu geben, weshalb der Uebergang des braunschweigischen Eisenbahn-Unternehmens an den preussischen Staat in anderer Weise erfolgte, wie das in dem Verträge vom 30. Juni v. J. vorgesehen ist.“ — Die Beantwortung dieser Interpellation ist noch nicht erfolgt.

Frankreich.

Die französische Deputirtenkammer hat, wie bereits gestern gemeldet, das Listengesetz mit einer Mehrheit von 412 gegen 99 Stimmen angenommen. Am 19. Mai 1881

Sie drängt Elly fast zur Thür hinaus und schloß dann dieselbe hinter sich.

Elly war diese Begegnung unbegreiflich. Sie wußte nicht, was sie davon denken sollte. Hätte sie Gelegenheit gehabt, dem Doktor Rodenburg den Vorfall zu erzählen, er würde gesagt haben:

„Ich begreife es wohl, denn ich habe es nicht anders erwartet!“

Sechstes Kapitel.

Fritz Rodenburg war, als er von seinem Besuche bei der Patientin, die vor allen Anderen sein Interesse in Anspruch nahm, zurückkehrte, der Aufforderung des Chirurgen nachgekommen, und hatte sich in dessen Sprechzimmer begeben.

Dr. Geyfferson hatte ihn bereits erwartet.

„Ah! gut, daß Sie da sind,“ rief er, als Fritz eintrat. „Ich habe über einen Gegenstand bringend Rücksprache mit Ihnen zu nehmen.“

„Auch ich habe den bringenden Wunsch, über einen Gegenstand von Wichtigkeit zu sprechen.“

„Haben Sie die Güte, Platz zu nehmen, Mr. Rodenburg.“

Er kam der Aufforderung nach.

„Ich bin gern bereit, Sie anzuhören; haben Sie indessen die Güte, zuerst den Gegenstand, der mir auf dem Herzen liegt, mit mir zu erledigen, da er nach meiner Ansicht der wichtigste ist, insofern, als er speziell unsere Anstalt angeht und zwar eine Bewohnerin derselben, welcher wir besondere Rücksicht schulden.“

„Sie sprechen von Miß Elly?“

„Rein, von ihr nicht, sondern von Mrs. Forster!“

„Ah! Ich vermute, sie fühlt sich wieder genesen; es ist ja die Jahreszeit, in welcher sie regelmäßig die Anstalt zu verlassen wünscht.“

„Sie vermuthen ganz recht! Mrs. Forster ließ mir durch die Oberwärterin sagen, daß sie mich zu sprechen wünsche. Ich kenne ihr Anliegen; sie wünscht mir mitzuthun, daß sie sich genesen fühlt, und die Anstalt verlassen werde. Ich habe, da Sie abwesend waren, die Unterredung mit ihr zwei Tage hinausgeschoben, da ich erst mit Ihnen Rücksprache nehmen wollte.“

stimmen für die Wiedereinführung der Listenswahl nur 267 Deputirte, während 202 dagegen stimmten; in der Minorität befanden sich, wie dies auch jetzt der Fall gewesen sein wird, Mitglieder aller Parteien. Die Vorlage scheiterte damals im Senat, der dieselbe mit 148 gegen 114 Stimmen ablehnte; daß diesmal ein Gleiches geschehen könne, scheint man in Paris nicht zu befürchten. Die französische Deputirtenkammer wird künftig 566 Mitglieder zählen; gegenwärtig zählt sie 557. Nach dem neuen Gesetz bildet das Departement einen einzigen Wahlkreis und wählt auf je 70 000 Einwohner einen Deputirten. Niemand, bestimmt Artikel 4, ist im ersten Wahlgang als gewählt zu betrachten, wenn er nicht die absolute Majorität der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt und wenn nicht die Zahl dieser Stimmen mindestens gleich dem vierten Theil der eingeschriebenen Wähler ist. — Die Wähler von vier Pariser Stadtvierteln hatten vorgestern je einen Gemeinderath (Stadtviertelsrath) zu ernennen an Stelle des zum Senator gewählten Georges Martin und seiner drei ehemaligen Kollegen Dr. Deschamps, Georges Berry und Boll, deren im Mai v. J. erfolgte Wahlen wegen Unregelmäßigkeit von dem Staatsrathe ungelöscht worden waren. In zwei Vierteln, Quartier de la Gare (13. Arrondissement) und Quartier de la Chapelle (18. Arrondissement), wo der jetzige Senator Georges Martin und der Opportunist Boll hätten ersetzt werden sollen, sind Stichwahlen nothwendig. Im letzteren erhielt jedoch Boll wieder die meisten Stimmen, wenn auch nicht die absolute Majorität, im anderen steht an der Spitze der Liste der Sozialist Dr. Rivière 1587 Stimmen, dann kommen nach ihm ein gewisser Gallon, der sich als Radikaler anknüpft, mit 839, ein anderer Sozialist Goullé mit 473 und ein Arbeiter Faillot mit 308 Stimmen. In den beiden anderen Vierteln drangen die Gewählten vom vorigen Jahre regelrecht durch: der autonomistische Dr. Deschamps im Sardonnet-Quartier mit 2019 Stimmen — seine Mitbewerber waren ein radikaler Republikaner Leo Roy und der Arbeiter Adam — und der Monarchist Georges Berry, der bekannte Meeting-Kredner, mit 1271 Stimmen, während auf den Kandidaten der Opportunisten deren 1137 entfielen. Hieraus ergibt sich wieder — so meint die „Nat. Ztg.“ — daß gemäßigtere Wahlen in Paris immer mehr zu den Seltenheiten, wenn nicht zu den Unmöglichkeiten gehören; nur die Extreme, die äußerste Linke oder die äußerste Rechte finden noch Anklang bei den Gemeindevätern.

— Der Abg. Clovis Hugues kündigt die Absicht an, in der Kammer einen Amnestie-Antrag zu Gunsten der Verurtheilten von Montcau-les-Mines, Lyon und Paris einzubringen. Der Antrag soll u. A. mit den von Andrieux in seinen Memoiren gemachten Enthüllungen begründet werden, nach denen die Polizei die Gelder für revolutionäre Blätter geliefert haben soll. Herr Andrieux hat versprochen, im Laufe der Debatte das Wort zu ergreifen.

Rußland.

Die russische Polizei ist wieder riefzig an der Arbeit. Der Petersburger Stadthauptmann Greßer veröffentlicht am 18. Februar auf Grund § 15 der Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Staatsordnung und sozialen Ruhe folgenden, erst dieser Tage allgemein bekannt gewordenen Befehl, betreffend die Arbeiter in den Druckereien, Lithographien, und ähnlichen Anstalten: 1) Alle Arbeiter beiderlei Geschlechts, die sich mit Druckerei und Schriftgießerei beschäftigen, müssen mit besonderen formmäßigen Billets versehen sein, laut Anordnung des Ministers des Innern vom Oktober 1867; 2) Kein Arbeiter darf ohne ein solches Billet angenommen werden; 3) Die Besitzer von Druckereien, Lithographien u. a. N. sind verpflichtet, die Polizei in Kenntnis zu setzen: a. von dem Eintritt und Austritt eines jeden Arbeiters, zugleich müssen sie das Faktum in die Billets eintragen; b. in spätestens 24 Stunden müssen sie den östlichen Inspektor zur Beaufsichtigung der Druckerei benachrichtigen über jede Aufnahme, jeden Austritt u. der mit Billets versehenen Arbeiter; 4) Personen, die dieser Befehl betrifft und die demselben zuwiderhandeln, unterliegen einer administrativen, durch den Stadthauptmann zu diktuirenden Bestrafung bis 500 Rubel oder 3 Monaten Arrest. Dem Ansehen nach soll diese Kontrolle dazu dienen, daß sich in die Druckereien keine Militärlisten einschleichen, um dann heimlich Aufrufe oder Proklamationen fertig zu stellen.

Großbritannien.

Während einerseits Gladstone nicht milde wird, im Unterhause fortwährend zu verkünden, daß die zwischen Rußland und England schwebende afghanische Frage in der friedlichsten Weise gelöst werden würde, langem fortwährend neue Nachrichten an, die gerade das Gegentheil von Friedensausichten sind. So wird der „Post. Ztg.“ aus London telegraphirt: „Lord Dufferin (Vizekönig von Indien) hatte gestern in Allahabad eine Begegnung mit General Stewart und genehmigte die Mobilisirung zweier Armeekorps von je 25 000 Mann, sowie deren Entsendung nach Pischin mit einem Reser-

„Ich erkenne darin ein großes Vertrauen Ihrerseits, Mr. Geyfferson,“ antwortete Fritz Rodenburg.

„Sie haben ja stets mein Vertrauen in jeder Beziehung gerechtfertigt, so daß ich ungern wichtige Schritte thue, ohne Sie zu Rathe gezogen zu haben. Sie haben sich bis jetzt in der Behandlung unserer Patienten so vortrefflich bewährt, daß ich Ihrem Urtheile stets jede Berechtigung widerfahren lasse.“

„Das ist mir sehr schmeichelhaft, Mr. Geyfferson, und ich höre es um so lieber, als ich glaube, unserer Patientin, Mrs. Forster, einen wesentlichen Dienst leisten zu können, wenn Sie in diesem Falle meinem gut gemeinten Rathe folgen wollen.“

„Und welches wäre Ihr Rath?“

„Sie lassen sie nicht abreißen!“

„Ich dachte mir fast, daß dies ihr Ausspruch sein würde; Sie deuteten diese Ihre Ansicht schon einmal an, indem Sie behaupteten, daß Mrs. Forster gerade dann, wenn sie sich gesund wähnt, krank sei.“

„Ich bin der Ansicht, daß ihr Wahnsinn ein periodischer ist, und zum Ausbruch kommt, wenn sie die Anstalt verlassen will. Ist der Anfall vorüber, so hat sie eine unbestimmte Erinnerung daran; sie fühlt, daß sie krank ist, sie sucht hier Hilfe. Zu dieser Zeit ist sie gesund. . . . Geben Sie Acht, Mr. Geyfferson, behalten Sie Mrs. Forster hier, und Sie werden den Ausbruch der Krankheit binnen Kurzem beobachten können. Spuren des Anfalls bemerkte ich vor einem Jahre, als sie die Anstalt verließ, und ich bin überzeugt, daß sich auch jetzt wieder Spuren bei ihr zeigen. Noch heute werde ich sie besuchen.“

„Aber bedenken Sie, Herr Kollege, daß wir sie mit Gewalt nicht zurückhalten dürfen.“

„Es braucht keine Gewalt angewandt zu werden, viel leicht giebt sie schon der Ueberredung nach; und wissen wir denn, ob der Ausbruch der Krankheit nicht ein so heftiger ist, daß die öffentliche Sicherheit gebietet, sie hier zurückzuhalten?“

„In dem Falle hätten wir das Recht, sie selbst gegen ihren Willen in der Anstalt zurückzuhalten. Wenn wir uns aber Unannehmlichkeiten zuziehen, wenn Sie sich täuschen, wir würden der Anstalt eine ganz bedeutende Einnahme entziehen.“

„Das darf uns nicht bestimmen, Mr. Geyfferson, wenn

schnell gesammelt. Wie ganz anders war in wenigen Sekunden der Ausdruck ihres Gesichtes!

Sie streckte dem jungen Mädchen beide Hände entgegen.

„Verzeihen Sie, liebe Elly. Ach! Ich dachte an die Vergangenheit,“ sagte sie nicht ohne eine gewisse Verlegenheit und mit einer gewissen Angst.

Fürchtete sie, daß sie sich abermals von den Wahnvorstellungen, die sie in diesem Moment überkommen waren, hinreißeln lassen würde?

„Was sagten Sie, Elly, Sie werden Ihre Mutter wiederfinden?“

„Er sagte es!“

„Wer?“

„Unser Freund, der Doktor Rodenburg!“

Die Stirn der leidenden Frau umdunstete sich wieder ein wenig.

„Unser Freund, sagen Sie? Er ist nicht mein Freund, Elly; ich fürchte diesen Mann. Er ist ein Spion! . . . Der Mann sagte, daß er nach Davistown gehen wolle. . . . Er gehört zu meinen Verfolgern. . . . Elly, fürchten Sie diesen Mann, fürchten Sie Alle, welche nach Davistown gehen. . . . Dort wohnen die Ungehörigen, welche Unschuldigen zerreißen, und das Herz unglücklicher Mütter blutdürstig zerfleischen!“

Der lichte Augenblick war vorüber. Das blutunterlaufene Auge begann von Neuem zu rollen, und als jezt Mrs. Forster sich erhob, und mit wilder Geberde vor Elly hintrat, da stieß diese einen Schrei aus und stieß der Thür zu. Die Geberde der Frau war so erschreckend, daß das geängstete Mädchen das Schlimmste von ihr befürchten zu müssen glaubte.

So hatte Miß Elly Mrs. Forster noch nie gesehen.

Ihr Schrei und ihre Flucht nach der Thür brachten Mrs. Forster von Neuem zu sich. Wieder fuhr sie sich mit der Hand über das Antlitz, ging einige Male schweigend auf und ab, blieb dann vor Elly stehen und sagte in einem Tone, dem man anmerkte, daß sie mühsam nach Fassung rang:

„Schon wieder habe ich Sie erschreckt, Elly? Geben Sie, mein Kind, meine Freundin. . . . Seien Sie glücklich. Ich bin keine Gesellschaft mehr für Sie. . . . Fliehen Sie mich!“

Korps von 10 000 Mann. Stewart übernimmt den Oberbefehl, Roberts befehligt das erste, Gardinge das zweite Armeekorps und der Herzog von Connaught die Reserve. Proviant auf sechs Monate 500 000 Mann wird nach Pishin gesandt. Das Thal des Pishin, wo sich die englisch-indischen Truppen sammeln, liegt im südöstlichen Theile Afghanistans. Auch von weiteren Rüstungen der Marine wird gemeldet.

Egypten.

Die neueren Nachrichten lassen den „Sieg“ der Engländer in einem recht sonderbaren Licht erscheinen, es stellt sich immer mehr heraus, daß die englischen Truppen sich nur mit Ach und Krach zu behaupten vermochten. Die Truppen Osman Digma's kämpften außerordentlich muthig, unter ihnen befanden sich sogar Kinder und Frauen welche bis in die Reihen der Engländer mit vorzogen. Die englischen Soldaten erschossen im Wirths ihre Kamele und Kameeldreher sowie selbst einzelne Kameraden; es ist daher auch erklärlich, daß sich die Verluste bedeutend größer erweisen als ursprünglich berichtet wurde. Die letzten Berichte melden: 6 Offiziere und 94 Mann todt, 6 Offiziere und 138 Mann verwundet, 1 Offizier und 70 Mann vermisst. Der Feind ist offenbar nicht im geringsten entmuthigt; derselbe griff später noch viermal in unmittelbarer Nähe von Suakin an.

Kommunales.

Aus dem Staatsauschuß der Stadtverordneten-Versammlung. Unter dem Vorsitze des Stadtverordneten Dr. Straß fand die zwölfte Sitzung des Staats-Auschußes der Stadtverordneten-Versammlung statt. Anwesend waren als Magistratskommissarien der Rämmerer Runge, die Stadtschulräthe Dr. Bertram und Fürstenu, die Stadträthe Borchardt, Runz, Hagen, Kochmann und Stabihagen.

Auf der Tagesordnung stand zunächst die zweite Lesung der sämtlichen Schuletats. Bei den Etats der höheren Schulen wurde die Erhöhung der Remuneration der Schulgeld-Reseptoren trotz der wiederholten Empfehlung der Magistratskommissarien nochmals abgelehnt. Damit, daß die Sekunda des Königsstädtischen Gymnasiums nicht getheilt wird, wie früher beabsichtigt war, war der Auschuß einverstanden, derselbe genehmigte auch die Theilung der nachträglich für notwendig erachteten Prima des Fall-Realgymnasiums, dessen Schülerzahl auch in den oberen Klassen fortwährend im Steigen begriffen ist. Die Beratung der Vorlage betreffend die oft angefochtenen Heizeinrichtungen beim Leibniz-Gymnasium und die vom Magistrat eingeholten Gutachten der Herren Regierungsrath Wolfhügel und Prof. Nischel, wurde ausgeetzt, da die Vorlage von der Stadtverordneten-Versammlung dem Staatsauschuß noch nicht überwiesen war. Gegen die einzelnen Etatansätze der höheren Schulen für Knaben und Mädchen wurde in zweiter Lesung nichts erinnert. Ebenso wurde der Etat sämtlicher Gemeindeschulen in zweiter Lesung ohne Debatte und unverändert angenommen. Bei dem Etat der Turnhallen wurde festgestellt, daß die Vereine, welche Turnhallen benutzen, das zur Beleuchtung verabreichte Gas stets nach Maßgabe des Gasmeters bezahlen sollen. Auf den Antrag eines Stadtverordneten wurden am Spezialetat 29 (verschiedene Einrichtungen und Anstalten bei der Schulverwaltung) neben den bereits aufgenommenen 8000 M. für von der Behörde selbst eingerichtete Fortbildungskurse für Elementarlehrer noch 6000 M. für andere ähnliche von Vereinen geschaffene Kurse der Schuldeputation zur Verfügung gestellt. Die übrigen Ansätze dieses Etats wurden wiederholt genehmigt.

Bei dem Etat der Volksbibliothek wurde beobachtet, daß zur Zeit neue Volksbibliotheken nicht errichtet werden können, da die Vorlesungen des wissenschaftlichen Vereins (Vorlesender Professor Dr. Oweisi) in den letzten Wintern nicht stattgefunden haben und in Folge dessen Zusätze dieses Vereins an die Volksbibliothek nicht haben gegeben werden können. Da namentlich in der Gegend der Fruchtstraße die Errichtung einer Volksbibliothek dringend gewünscht wird, so soll bei Ausstellung des nächsten Etats die Frage erwoogen werden, ob es sich empfiehlt, durch Zusätze aus der Stadtkasse die Gründung einzelner neuer Volksbibliotheken zu ermöglichen.

Der Etat der Schuldenverwaltung (8), Einnahmen 7 519 649 M., Ausgaben 8 704 161 M., wurde, nachdem der Rämmerer auf Betragen nähere Mittheilungen gemacht hatte, unverändert genehmigt. Dasselbe geschied mit den Etats der Haus- und Nießhoftsteuer und der Hundesteuer. Es wurden folgende Ansätze genehmigt: Nießhoftsteuer 10 850 000 M. (450 000 M. mehr als im laufenden Jahre), Haussteuer 8 850 000 M. (150 000 M. mehr), Hundesteuer 285 000 M. (wie im laufenden Jahre). Ob die letztere Summe erreicht wird, steht keineswegs fest. Die Zahl der Hunde ist noch immer in der Abnahme begriffen. Der Rämmerer theilt mit, daß der Magistrat nochmals bei dem Abgeordnetenhaus die Erhöhung

der Hundesteuer von 9 auf 15 M. angeregt habe. Die Braumalsteuer wurde von 415 000 M. auf 430 000 M. erhöht, pro 1884/85 sind 400 000 M. eingenommen worden. Der Auschuß war der Ansicht, daß der Konsum der Berliner Biere zunehme. Für die Wanderlagersteuer, die auch jetzt noch für Berlin ohne jede Bedeutung ist, wurde eine Einnahme von 150 M. angenommen.

Bei dem Parquet macht der Magistrat die Mittheilung, daß die Schmutzanlagen des Küstriner Platzes der Partverwaltung zur Pflege überwiesen worden seien, zugleich wurden 800 M. für die Unterhaltung verlangt, der Auschuß lehnte indeß diesen Antrag ab, die Ausgaben sollen aus der (allerdings herabgesetzten) Position für Schmutzplätze bestritten werden. In Bezug auf den Leipziger-Platz wurde die Frage gestellt, ob derselbe nicht dem Publikum zum Besuch geöffnet werden könne, der Magistrat soll ersucht werden, sich hierüber zu äußern. Von einer Seite wurde indeß die Befürchtung ausgesprochen, daß leicht die prächtvollen Linden geschädigt werden könnten. Daß eine Baumpflanzung in einer Anzahl Straßen hergestellt werde, wurde genehmigt; es erfolgte indeß eine Herabsetzung der betreffenden Position von 25 000 M. auf 20 000 M. Der Magistrat hat es abgelehnt, die von dem Garten-Direktor Nüchling projektierten kleinen Garten-Anlagen auf dem Wasserhorplatz dem Staats-Auschuß und der Stadtverordneten-Versammlung zur Ausführung zu empfehlen. Von mehreren Mitgliedern des Staats-Auschußes wurde indeß beantragt, die Anlegung des Schmutzplatzes zu beschließen; der Auschuß entschied sich aber für die Ueberweisung dieses Antrages an den Magistrat zur Erwägung. Eine längere Debatte erhob sich über den erneuten Antrag auf die oft besprochene Pflasterung der Greißwälderstraße. Die städtischen Behörden haben im vorigen Jahre beschlossen, die Straße nur soweit zu pflastern, als die Anwohner das zur Straße erforderliche Vorgarten-Terrain unentgeltlich abtreten. Das ist nun auch von vielen Eigenthümern zugesagt worden, andere fordern indeß Entschädigung, so daß die Pflasterung nicht ausgeführt werden kann. Von einer Seite wurde lebhaft empfohlen, den Rest des Terrains freihändig oder im Wege der Expropriation anzulassen und auch die notwendige Regulierung sofort auszuführen; von einer anderen Seite wurde dagegen dargelegt, daß, wenn man die geforderte Entschädigung bewillige, dann man Denjenigen, welche sich weigerten, das, was andere Eigenthümer im öffentlichen und eigenen Interesse gethan, einzulassen zu thun, ja gewissermaßen eine Prämie geben werde. Schließlich wurde vom Staats-Auschuße beschlossen, den gestellten Antrag dem Magistrat zur Erwägung zu übergeben.

In der außerordentlichen Sitzung des Magistrats am Dienstag wurde in der Beratung der neuen Bauordnung fortgefahren. Doch kam es auch gestern noch nicht zu einer definitiven Beschlussfassung. Dieselbe blieb vielmehr einer weiteren Sitzung vorbehalten.

Der Auschuß der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung zur Vorberatung der Vorlage des Magistrats, betreffend den Anlauf eines zwischen der Swinemünderstraße und der Straße Nr. 30 an der Demminer-Straße belegenen Grundstücks zur Errichtung einer Gemeinde-Doppelschule hat beschlossen der Versammlung zu empfehlen, dieselbe möge sich 1) mit dem Anlauf des betreffenden Grundstücks, das 5140 Qu.-M. Flächeninhalt hat, zum Preise von 18 M. pro Quadratmeter einverstanden erklären, und 2) dem Magistrat anheim geben, eine Parzelle des der Viehhofs-Altien-Gesellschaft gehörigen Terrains, die in der Brunnenstraße und an der entlang dem Humboldtshain anzuliegenden neuen Straße liegt, für Schulzwecke zum Preise von 20 M. pro Quadratmeter anzulassen und ihr darüber eine Vorlage zu machen.

Von Grundeigenthümern östlich der Belle-Alliancestraße ist beim Magistrat der Antrag auf Durchlegung der Rossener Straße von der Baruther-Straße bis zur Pionierstraße eingegangen. Es würde hierdurch nicht nur den vielen am Johanneßisch und den angrenzenden Straßen wohnenden Kindern, welche die 60. und 75. Gemeindeschule besuchen, der große Umweg erspart werden, den sie jetzt machen müssen, um zu derselben zu gelangen, sondern es würde auch für die vielen inmitten dieses Stadttheils wohnenden Besucher der Kirche zum Heiligen Kreuz ein näherer Weg geschaffen werden, als der jetzige durch die Belle-Alliance- resp. Mittenwalder-Straße ist.

Lokales.

Das königliche Bezirks-Kommando des Reserve-Landwehr-Regiments (Berlin) Nr. 35 erläßt folgende Aufforderung zu den bevorstehenden Kontrollversammlungen, die wir, um einen großen Theil unserer Leser vor „Vater Philipp“ zu bewahren, hiermit zur Kenntniß derselben bringen: „Die diesjährigen Herbst-Kontrollversammlungen der in hiesiger Haupt- und Residenzstadt wohnhaften Reservisten

und Beurlaubten werden am 8., 9., 10., 11., 13. und 14. April auf folgenden Plätzen abgehalten:

- I. für die Garde-Mannschaften (F.-M.-A. 1 und 2) Exzerzierhaus am Kaiser Franz-Grenadier-Platz 10.
- II. für die Mannschaften der Provinzial-Infanterie (F.-M.-A. 5, 6, 7, 8, 9 und 10) auf dem Kasernehofe des Kaiser Franz-Garde Grenadier-Regts. Nr. 2. Pionierstr. 13a.
- III. für die Mannschaften der Provinzial-Jäger, Kavallerie, Feld- und Fuß-Artillerie, Pioniere, Eisenbahn-Regiment und Eisenbahn-Kompagnien, Train, Krankenträger, Militär-Bäcker, Lazareth-Gehilfen, Unterärzte, Unterapotheker- und Pharmazeuten, mit der Waffe gediente und als Apotheker approbirte Personen des Beurlaubtenstandes, Krankenwärter und Geistliche, Köchinnen und Unterärzte, Beschlag- und Fahenschmiede, Bahlmeister-Apptanten, Marine, Oekonomie-Gandwerker, Bäckermacher und Bäckersmacher-Gehilfen, Arbeitsoldaten (F.-M.-A. 11, 12, 13, 14, 15) in dem Exzerzierhause des 3. Garde-Regiments Nr. 7, in der Brangelstraße 102-104.

Die einzelnen Jahrgänge versammeln sich auf jedem der drei vorstehend genannten Plätze in nachstehender Reihenfolge:

Jahrgang	Tag	Uhr
1884		
1883	am Mittwoch, d. 8. Apr. c., Vorm. 7 Uhr.	
1882		
1881	„ 8. „ „ 9 „	
1880	„ 9. „ „ 7 „	
1879	„ Donnerstag, „ 9. „ „ 9 „	
1878	„ Freitag, „ 10. „ „ 7 „	
1877	„ 10. „ „ 9 „	
1876	„ Sonnabend, „ 11. „ „ 7 „	
1875	„ 11. „ „ 9 „	
1874	„ Montag, „ 13. „ „ 7 „	
1873	„ 13. „ „ 9 „	

(mit Ausnahme derjenigen Mannschaften, welche in der Zeit vom 1. April bis ultimo September 1873 eingetretten sind).

- IV. Die Kontroll-Versammlungen der Offizier-Aspiranten finden in dem Exzerzierhause am Kaiser Franz-Grenadier-Platz Nr. 10 statt, und zwar:

am Mittwoch, den 8. April c., Vorm. 11 Uhr, für sämtliche zur Garde, zum Eisenbahn-Regiment und zur Marine gehörigen Offizier-Aspiranten,
am Donnerstag, den 9. April c., Vorm. 11 Uhr, für diejenigen der Provinzial-Jäger, Kavallerie, Feld- und Fuß-Artillerie Pioniere und Train,
am Freitag, den 10. April c., Vormittags 11 Uhr, für diejenigen der Provinzial-Infanterie, und zwar: Jahrgänge 1872 bis 1878,
am Sonnabend, den 11. April c., Vorm. 11 Uhr, für diejenigen der Provinzial-Infanterie, und zwar: Jahrgänge 1879 bis 1884.

- V. Die Kontroll-Versammlung der zur Disposition der Ersatz-Behörden entlassenen Mannschaften findet auf dem Hofe des Landwehr-Dienstgebäudes, Kaiser Franz-Grenadier-Platz Nr. 12,

am Donnerstag, den 16. April c., Vorm. 7 Uhr, statt. Die Jahressklasse, zu der ein Jeder gehört, ist auf dem Deckel des Militärpassees angegeben.

Die Reservisten und Beurlaubten werden hierdurch aufgefordert, auf den vorbezeichneten Plätzen und zu den festgesetzten Stunden pünktlich zu erscheinen. Die früher geschehene Uebersendung von besonderen Bestellungs-Dekreten zu den Frühjahrskontrollversammlungen findet in diesem Jahre und für die Folge nicht mehr statt. Die Beorderung erfolgt vielmehr nur durch die gegenwärtige Bekanntmachung.

Die Beorderung zu den Herbst-Kontrollversammlungen erfolgt nach wie vor durch Uebersendung besonderer Bestellungsordres.

Wer die Kontrollversammlungen versäumt, wird mit Arrest und eventuell auf Grund des § 67 des Reichs-Militärgesetzes mit Verfestung in die nächstjüngere Jahresklasse, woraus Verlängerung der Gesamtdienstpflicht um ein Jahr folgt, bestraft.

Berlin, den 14. März 1885.

Königliches Bezirks-Kommando des Reserve-Landwehr-Regiments (Berlin) Nr. 35.

a. Die städtische Gewerbe-Deputation hat bei dem Magistrat beantragt, daß die von der städtischen Laubstummel-Anstalt in dem städtischen Grundstück Blumenstraße 63a benutzten Räume, welche durch die Verlegung dieser Anstalt am 1. Oktober c. frei werden, sodann für die Zwecke der Fachschule der Stuhlarbeiter Verwendung finden mögen.

a. Vom Polizeipräsidentium ist dem Magistrat der Entwurf einer Polizei-Verordnung betr. die Lagerung von Spirituoson von mehr als 50 pvt. Tralles zur Genehmigung zugegangen.

„Sagten Sie nicht, daß ich erst die Rückkehr des Herrn Doktor Rodenburg habe abwarten wollen?“

„Ich sagte das! Sie aber wies diese Entschuldigung mit Festigkeit zurück und erklärte, daß sie, wenn Sie nicht sogleich zu ihr kämen, abreisen würde, ohne sich von Ihnen zu verabschieden.“

„Da haben wir's!“ sagte Jefferson sich an seinen jungen Kollegen wendend. „Ich fürchte, wir werden die Anstalt um eine große Einnahme bringen; Mrs. Forster wird das nächste Jahr gar nicht wiederkehren.“

„Möglich ist das,“ sagte Fritz Rodenburg achselzuckend; „möglich aber ist auch, daß sie gleich hier bleibt bis zum nächsten Jahre.“

Er wandte sich hierauf an die Wärterin:

„Sagen Sie Mrs. Forster, daß man heute noch keine Anstalten zu ihrer Abreise getroffen habe; sagen Sie, es sei kein Wagen aufzutreiben. Ich bin in einer oder zwei Stunden bei ihr, um mit ihr über den Tag ihrer Abreise zu sprechen. Suchen Sie sie bis dahin zu beruhigen.“

„Ich fürchte, Mrs. Forster läßt sich nicht so weit beruhigen.“

„Thut nichts! Mrs. Forster muß unter allen Umständen noch einige Tage hier bleiben.“

Die Wärterin blühte, als sie diesen unerwarteten Befehl mit Staunen hörte, den Chef-Arzt fragend an. Erst als dieser hinzufügte:

„Thun Sie, was Ihnen Dr. Rodenburg sagte,“ entfernte sie sich kopfschüttelnd und sehr befremt.

„Ach, ich vergaß über dieser wichtigen Angelegenheit, Ihnen Mittheilung von einer anderen zu machen,“ fuhr Dr. Jefferson fort. „Ohne Zweifel hat Ihnen bereits Dr. Naylor gesagt, daß vorgestern gleich nach Ihrer Abreise ein neuer Patient aufgenommen wurde.“

„Er sagte es mir.“

„Der junge Mann ist ein Deutscher, und lebighich durch den großen Ruf von Ihrer Tüchtigkeit als Internist veranlaßt, unsere Anstalt aufzusuchen. Wie es mir aber scheint, werden Sie hier keine neuen Vorbeeren ernten — es ist eine fixe Idee von der Art, die gewöhnlich unheilbar ist.“

(Fortsetzung folgt.)

es sich für uns um die Bereicherung der Wissenschaft, für die Patientin aber um die Heilung handelt.“

Mrs. Jefferson machte ein mißmuthiges Gesicht. Er war sichlich mit sich uneinig. Er stand auf, durchschritt einige Male unruhig das Zimmer, und sagte dann, indem er sich wieder setzte:

„Ich muß Ihnen sagen, Mr. Rodenburg, was Sie vielleicht nicht wissen, Mrs. Forster ist eine sehr hochstehende Dame.“

Ihre gesellschaftliche Stellung, Mr. Jefferson, darf für uns noch weniger maßgebend sein, als alles Uebrige. Wir haben gleiche Pflichten gegen Alle, die unserer Kur anvertraut sind, gleichviel, ob sie arm oder reich, vornehm oder gering sind. Wir haben vor allen Dingen unsere Pflicht zu thun; unsere Pflicht aber ist es, einerseits so viel wie möglich zu thun, um dem Patienten Heilung zu verschaffen, andererseits unsere Kenntniß von den Geisteskrankheiten zu bereichern, um dadurch später für unsere Mitmenschen Nutzen zu schaffen.“

Wieder überlegte Mrs. Jefferson eine Zeit lang.

„Sie haben wohl Recht, indeßen gerade diese Patientin — Nein, nein, es ist nicht möglich, sie kann nicht geisteskrank sein!“

„Ich bin vom Gegentheile fest überzeugt, Mr. Jefferson.“

„Das ist's ja eben, was mich stuhig macht. Ihr Urtheil hat sich immer vortreflich bewährt, und es wundert mich, daß dasselbe gerade bei dieser Patientin von dem meinigen abweicht.“

„Ich schlage Ihnen einen Ausweg vor, Mr. Jefferson.“

„Der wäre?“

„Es kommt der Patientin jedenfalls auf ein paar Tage nicht an; verweigern Sie die Entlassung in den nächsten Tagen unter irgend einem Vorwande; vielleicht nützt schon ein einfaches Jureden. Ich will dieses Mittel heute versuchen, gelingt es nicht — nun, so wendet man leichte und unbemerkbare Zwangsmittel an. . . . Zeigt sich binnen einigen Tagen kein Wahnsinn, so entlassen Sie die Patientin: kommt derselbe aber zum Ausbruch, — nun dann . . .“

„Dann allerdings ist es unsere Pflicht, sie hier zu behalten,“ antwortete der Chef-Arzt. „Nun, im Vertrauen auf Ihren Scharfblick will ich diesen Ausweg einschlagen,

Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 73.

Freitag, den 27. März 1885.

II. Jahrgang.

Ueber die Arbeitslosigkeit in der Stadt New-York

Stellt eine kapitalistische Zeitung, die „World“, augenblicklich Untersuchungen an, denen folgende Einzelheiten und Zahlen entnommen sind:

Nach der niedrigsten Abschätzung giebt es in New-York 75 000 Arbeitslose und das bedeutet wöchentlich wenigstens einen Ausfall von 1 000 000 Doll. an Arbeitslöhnen. Auf die verschiedenen Arbeitszweige vertheilt, wird die Anzahl der Unbeschäftigten folgendermaßen abgeklärt:

Frauen	30 000	Möbeldarbeiter	3 000
Werftarbeiter	3 000	Metallarbeiter	3 000
Italiener	6 000	Seher	1 000
Cloakmacher	10 000	Buchbinder	1 500
Schneider	5 000	Schuhmacher	500
Blumenmacher	1 500	Zigarrenmacher	6 000
Carpenter (Zimmerl.)	1 400	Bäder	800
Framer (Bauarbeiter)	1 500	Kellner	1 000
Gypfer	400	Anderer Gewerke	2 500
Plumber (Bleiarbtr.)	1 250		
Steinhauer	2 000	Zusammen	75 850

Die Reporter, welche obige Zahlen ermittelten, wandten sich an folgende Gewährsleute:

Mitglieder der Werftarbeiter-Union sagten, es gebe ungefähr 4500 Werftarbeiter in New-York, von denen 3000 organisiert seien; kaum die Hälfte der Unionmitglieder hätte Arbeit und auch diese seien während der Woche nur theilweise beschäftigt. Der Lohn betrage allerdings 40 Cents per Stunde, aber an manchen Tagen sei nichts zu thun, und an anderen Tagen werde nicht selten kaum 1 bis 2 Stunden gearbeitet. Der „Beach Walker“ der Werftarbeiter-Union bestätigte diese Angaben. Im Winter haben die Werftarbeiter gewöhnlich nicht viel zu thun, weil die Kanalschiffahrt geschlossen ist, aber einen so schlechten Winter wie in diesem Jahre haben die Werftarbeiter lange Zeit nicht gesehen.

Tagelöhner, die sich hauptsächlich aus Emigranten rekrutiren, sind massenhaft in Castle Garden und dessen nächster Nachbarschaft zu finden. Wm. Conolly, einer der Clerks im Arbeitsbureau vom Castle Garden sagte: „Es ist dies der schlimmste Winter seit 1876. Wir haben täglich 300 bis 500 Arbeitssuchende hier, und niemals ist es uns schwerer gefallen, für die Leute Stellung zu finden, als gerade jetzt.“ In einem Häusergeviert von Greenwich Str., nahe dem Castle Garden, befinden sich 10 sogenannte „Arbeits-Bureaus“, wo Eisenbahn- und Farmarbeiter verdungen, d. h. in die Lohnsklaverei verkauft werden. „Hier kann man“, sagt einer der Reporter, „den Farmer von Long Island oder New Jersey sehen, wie er seine Leute auslucht, gerade wie zur Zeit der Negersklaverei; oder manchmal kommt der Agent einer Mininggesellschaft oder einer Eisenbahnkorporation und giebt seine Ordres zur Lieferung von ein paar Hundert Italienern, Schweden oder Slowaken. Einer der Lieferanten wurde gefragt, wie viel Mann er herbeischaffen könne, ohne die Stadt zu verlassen. Er sagte, ohne zu zögern: „Zwanzig Tausend.“ „Können Sie so viele sofort besorgen?“ „Nein, denn wir halten sie nicht in der Nähe. Wenn wir sie gebrauchen, zeigen wir in den Zeitungen an und dann bekommen wir so viele, wie wir haben wollen. 200 bis 300 fragen jeden Tag um Arbeit an. Wir halten keine Namenliste, das wäre zu umständlich. Ich habe einen Kontrakt zur Beschaffung von 5000 Tagelöhnern von jetzt bis Anfang April.“ Ein anderer Stellenvermittler sagte: „Ich kann sofort 300 Mann herbeischaffen; 50 sind unten in meinem

Erdgeschloß und 250 halten wir in einem Hause in Washington jeder Zeit zum Ausmieten bereit.“ In den übrigen 8 „Bureaus“ waren an jenem Tage 3000 Mann zu haben für irgend welche Arbeit, vom Straßenlehren bis zum Ausladen eines Schiffes. Der Riffonär in dem Five Points House of Industry sagte: „In der sechsten Ward, welche nach dem letzten Zensus 21 000 Einwohner hatte, sind jetzt 11 000 Italiener, von denen wenigstens 5 000 arbeitslos sind und in der ganzen Stadt schätze ich die Zahl der unbeschäftigten Italiener auf wenigstens 10 000.“

In den Baugewerken sind nach genauer Schätzung in New-York ungefähr 50 000 Arbeiter vorhanden. Viele derselben sind organisiert, unter ihnen die Maurer, Zimmerleute, Steinhauer, Maler, Ladirer, Plumber, Gypfer, Blechschmiede, Hochbau-Ingenieure, Gerüst-Arbeiter u. A. Die Maurer sind, nach Angabe der Gewerkschaftsmitglieder, augenblicklich vollständig arbeitslos; ihre Anzahl beträgt ungefähr 4500. Von den 4000 Carpenters haben wenigstens 1400 keine Arbeit und von den 2500 Framern ungefähr 1500. Die Gypfer, deren es ungefähr 2000 in New-York giebt, haben bis auf 20 pCt. fast sämmtlich Beschäftigung. Von den 2500 Plumbers sind ungefähr 50 pCt. nur theilweise oder ganz und gar außer Arbeit. Von den 2700 Mitgliedern der Braunstein-Arbeiter haben 2000 keine Arbeit. Die Gesamtzahl der Bauarbeiter, welche beschäftigt sind, wird auf wenigstens 15 500 geschätzt und da dieselben per Tag durchschnittlich 3 Doll. verdienen, berechnet sich der Ausfall an Löhnen für eine Woche auf nicht weniger als 279 000 Doll.

Unter den Möbeldarbeitern herrscht große Noth, obwohl eine große Anzahl derselben vortreflich organisiert ist und ihre Union sich die größte Mühe giebt, durch eine „Regulirung“ der Arbeitszeit die Anzahl der Beschäftigten möglichst zu reduzieren; aber diese Bestrebungen sind hauptsächlich bis jetzt an der Hartnäckigkeit und dem Mangel an Einsicht seitens der Fabrikanten gescheitert. Seit der Panik von 1876 sind nicht so viele Möbeldarbeiter außer Arbeit gewesen, wie gerade augenblicklich. Nach Schätzung eines Sachverständigen sollen von 6500 Möbeldarbeitern 3000 beschäftigt sein. Ein Mitglied der Pianomacher-Union erklärte, es seien während der letzten 5 Jahre wenigstens 1000 Pianomacher eingewandert und in den meisten Pianofabrikanten werde nicht mehr als $\frac{1}{4}$ der regulären Zeit gearbeitet.

Metallarbeiter, unter ihnen Maschinisten, Modelleur, Eisengießer, Kesselschmiede und Messingarbeiter giebt es ungefähr 11 000 in New-York. Bei John Roach, wo gewöhnlich 900 Mann arbeiten, sind jetzt ungefähr 600 beschäftigt und binnen zwei Monaten sollen weitere Entlassungen stattfinden. Die Quintarb Iron Works beschäftigen statt 200 nur 75 Mann, Guy Hotchkiss u. Co. statt 300 kaum 150, Delamater u. Co. statt 750 nicht mehr wie 200. R. Hoe u. Co., W. u. A. Fletcher u. a. große Maschinenfabrikanten klagen über „schlechte Zeiten“ und beschäftigen weniger als die Hälfte ihres regulären Personals. Alles in Allem gerechnet, sind ungefähr 3000 Metallarbeiter augenblicklich brodlös und der wöchentliche Ausfall an Arbeitslöhnen wird auf 36 000 Doll. veranschlagt.

Von den Buchdruckern, Sehern sowohl wie Preskleuten, von denen es ungefähr 6000 in der Stadt giebt, hat kaum der sechste Theil regelmäßige Beschäftigung, während die Hälfte auf halbe Zeit arbeitet. Schriftgießer und Buchbinder sind in Folge der gedrückten Lage des Druckereigewerbes in starke Mitleiden-

schaft gezogen und aus ihrer Zahl rekrutiren sich weitere 1500 Arbeitslose.

Es giebt wenigstens 500 beschäftigungslose Schuhmacher in New-York. Vor einiger Zeit verlegte ein Schuhfabrikant von Philadelphia Namens Garbner sein Geschäft nach der West 14 Str. in hiesiger Stadt. Er zeigte in den Zeitungen an, daß er nur die besten Arbeiter verlange und die höchsten Löhne zahlen werde. Mehr als 1000 Schuhmacher drängten sich am Tage, als die Anzeige erlassen wurde, vor seiner Fabrik und die Leute hemmten den Verkehr auf dem Trottoir derart, daß die Polizei sich veranlaßt sah, sie auseinander zu treiben. Der Durchschnittslohn, welchen Schuhmacher augenblicklich erhalten, wird auf 4 bis 5 Doll. per Woche angegeben.

Die Anzahl der Zigarrenmacher und Tabakarbeiter wird auf 22 000 Männer, Frauen und Kinder abgeklärt, und davon fallen 8000 ohne Arbeit sein.

Von den 4000 Bäderarbeitern heißt es, seien wenigstens 800 beschäftigungslos und von den 8000 Kellnern nicht weniger als 1000. Verkäufer und Romanis, Männer sowohl wie Frauen und Mädchen, klagen im Allgemeinen sehr und es giebt deren nahezu 1000, die seit Monaten keine Stellen finden können.

Ueber Frauenarbeit giebt Frau M. W. Ferrer, Superintendentin der „Working Women's Protective Union“, welche sich hauptsächlich damit beschäftigt, Dienstmädchen, Wärterinnen u. Stellen zu verschaffen, einigen Aufschuß. Es meldeten sich während des Monats Januar bei genannter Union über 9000 Stellensuchende Frauen und Mädchen. „Niemals“, sagte Frau Ferrer, „seit der 20 Jahre, während welcher ich der Union diene, ist die Arbeitslosigkeit größer gewesen, als in diesem Jahre und das Elend, dessen Beschreibung ich tagtäglich anhören muß, ist schreckenerregend. Meiner Ansicht nach giebt es jetzt wenigstens 30 000 arbeitslose Frauen und Mädchen in New-York, unter ihnen viele Wittwen mit Kindern.“

Das Schneidergeschäft liegt mehr darnieder, als die meisten anderen Erwerbszweige und das ist ganz natürlich, denn an den Kleidern spart der Arbeiter am allerersten, wenn die Zeiten schlecht sind und der Verdienst gering ist. Während des vergangenen Jahres wurden in New-York Kleider zum Gesamtwert von ungefähr 20 000 000 Doll. angefertigt und für 6 000 000 Doll. importirt. In diesem Jahre wird dieser Betrag, wenn es hoch kommt, sich auf höchstens zwei Drittel belaufen. Augensichtlich ist kaum der dritte Theil der Schneider und Schneiderinnen beschäftigt und wenigstens 10 000 Personen, welche Frauenkleider und Damenmäntel anfertigen, sind arbeitslos. An Männer- und Knabenkleidern arbeiten in guten Jahren regelmäßig 52 000 Männer und Frauen. Von den Kundenschneidern, deren es ungefähr 2000 giebt, hat kaum die Hälfte reguläre Beschäftigung. Manche Fabrikanten lassen kaum 30 Prozent von dem anfertigen, was in früheren Jahren fabricirt wurde. Ueber 5000 Schneider und Schneiderinnen dieser Branche sind arbeitslos.

Die Fabrication künstlicher Blumen hat während des letzten Jahres nahezu um 50 Prozent abgenommen. Dasselbe gilt für verwandte Zweige des Modegeschäftes, wie die Anfertigung von Strohhut und Filzhüten Federn u. Ein Großfabrikant erklärt, er gedente seine Preise um 45 pCt. gegen das Vorjahr zu reduzieren und damit gebe eine dementsprechende Lohnreduktion Hand in Hand. Die Anzahl der Arbeitslosen in dieser Branche wird auf 1500 abgeklärt.

Alle diese Angaben des kapitalistischen Blattes sind

Mein Pech!

Man glaubt gar nicht, was dieser John Smith, der Engländer, für ein fader, langweiliger Mensch ist! Kein Blut in den Adern, wie ich. Ist auch natürlich. Meine Wiege hat in Korsika gestanden, da ist's wärmer, als in dem nedligen London.

John und ich sind übrigens Nebenbuhler. Außerdem sind wir beide Vergnügungsreisende, die ein boshafter Stern zusammengeführt hat.

John und ich, wir lieben, jeder in seiner Art, die einzige Tochter eines Nylords, ein ganz reizendes Kind. Wo sie mit ihrem Papa hinreist, da reisen wir auch hin.

Ich will sie heirathen, was natürlich nur eine Frage der Zeit ist. Sobald ich nämlich englisch kann, gehe ich zum Nylord und bitte in den gewähltensten Ausdrücken um ihre Hand. Selbstverständlich wird er sich freuen.

John Smith hat das natürlich längst gemerkt und er thut alles Mögliche, mich rauszubeißen. Er lacht mir geradezu ins Gesicht, er tritt mir auf die Fäden, er höht mich mit dem Ellenbogen, wo er kann. Alles aus purer Eifersucht. Aber ich verachte seine Nadelstiche!

Ich kann freilich nicht leugnen, daß diese hübsche Miß ihn anlächelt, wenn ihr Papa gerade nicht hinsieht. Mich sieht sie immer böß an. Aber was schadet das? Ich kenne ja die Gesehe. Ich weiß, wenn Nylord Ja sagt, muß sie heirathen, wen er sich als Schwiegerjohn wünscht.

Ich studire das Englische Tag und Nacht. Uebermorgen werde ich's können, dann frage ich den Nylord und sie ist mein auf ewig.

Nylord nebst Tochter wohnen hier im Hotel. John und ich natürlich auch. Ich weiß gar nicht, was der Wirth hat. Gegen mich ist er ein Feigel, gegen John die Aufmerksamkeit selbst, weil er mehr Geld verbraucht. Warte es ab, alter Junge! Du sollst mein korsikanisches Blut noch kennen lernen!

Heißes Wetter heute, so drückend. Alle Fenster sind aufgemacht.

Wie der Wirth übrigens den John zu seinem Zimmer dienerte, sagte dieser: „Haben Sie hier Furcht vor Spitzbuben?“

„Monsieur“, erwiderte gekränkt der Wirth, „mein guter Name wäre dahin, wenn in meinem Hotel auch nur die geringste Unehrlichkeit vorkäme!“

„Ich frage nur“, meinte John leichtthin, „weil ich gern Luft habe; ich schlafe bei offenem Fenster und bei offener Thür!“

„Ich sehe Ihnen dafür, daß Ihnen nichts gestohlen wird, Nylord!“

Sagt dieser dumme Wirth Nylord zu John Smith! Wir Alle sitzen Abends an der Tafel, John tritt mir mit kaltem Blute nachdrücklich auf mein bestes Hühnerauge, die reizende Miß lächelt ihm wieder zu und der Wirth giebt mir Sauce auf den Armel. Ich glaube, der Kerl ist von John bestochen.

Aber ich habe einen Plan!

Wir gehen nach Tisch Alle in unsere Zimmer zur Nachtruhe. Die Zimmer sind, wie immer in den Hotels, eins wie das andere; sie liegen gerade alle vier an den Ecken zweier sich rechtwinklich schneidender Korridore. Die Lichter werden gelöscht, alle Welt liegt im tiefen Schlafe, nur ich nicht. Rauche bräute ich!

Mein Plan ist gemacht, John und der Wirth müssen für immer vernichtet werden!

Ich stehe leise auf, gehe auf Strümpfen, denn die Pantoffeln würden Lärm machen. Beinkleider ziehe ich nicht an, wie leicht könnte ich beim Suchen an einen Stuhl stoßen. Immer Vorsicht!

Ich schleiche mich auf den Flur, lasse meine Thür auf, um schnell wieder hineinzukriechen. Es ist so dunkel, daß ich die Hand nicht vor Augen sehe.

Leise taste ich vorwärts, immer behutsam weiter. Endlich bin ich an der aufstehenden Thür von John's Zimmer.

Ich drückte mich leise hinein. Da bin ich endlich! Ihn morden? Nein, das wäre zu wenig! Zu ewiger Gefangenschaft will ich ihn hier zwingen, wenigstens bis die reizende Miß und ich und Nylord lange abgereist sind.

Ich taste auf den Tisch, schiebe leise den rechten Fuß vorwärts, dann den linken. Zoll für Zoll näherte ich mich meinem Bett so leise wie eine Maus. Ich höre eine Rade singen, so still ist es.

Endlich fühle ich das Deckbett. Weiter rechts und ich habe endlich den Stuhl, worauf sein Anzug liegt.

Ich nehme behutsam Rock, Hose, Weste, Unterbeinkleider, Hosenträger — Alles, Alles. Ich schleiche nach der Thür zurück. Richtig, da fühle ich seine Stiefel, die müssen auch mit.

Ganz, ganz lautlos zurück zu meinem Zimmer. Ich hätte aufjubeln können über die reiche Beute; tückte doch die Uhr noch lustig in seiner Weste. Er hatte vergessen, sie auf den Nachttisch zu legen.

Nach langem Suchen finde ich meine Thür. Endlich kann ich frei aufathmen; ich stehe ja in meinem eigenen Zimmer!

Mit wahrhaft teuflischer Freude trete ich an das offene Fenster. Alles stockfinster; ich höre nur das Rauschen des Flusses, der dicht unten am Gebäude vorbeischießt.

Seine Stiefel fliegen zuerst in die Nacht hinaus. Ha, ha! Dann kommt die Kravatte, der Kragen, die Mantelkette. Nun die Uhr — plumps, da liegt sie in der Fluth. Ob die Börse in der Hosentasche sitzt? Ach was! Hinunter in's Wasser gar nicht erst nachgesehen! Jetzt das Oberhemd, erst aber reiße ich die Ärmel raus, so; Das war das letzte! Jetzt kann ich mich aber nicht mehr halten, ich lache, daß die Wände zittern!

Da — ruft eine Stimme: „Sie einfältiger Italiener sind Sie des Teufels? Was werfen Sie da aus meinem Fenster? Machen Sie das doch in Ihrem Zimmer ab! Was haben Sie überhaupt hier zu suchen?“ Dabei stredte John ein Wachs-Streichholz an.

Ich war in seinem Zimmer, vor seinem Bett! Seine Kleidung lag ruhig auf seinem Stuhl. Ich hatte meine Uhr, meine Hosen, meine Stiefel, kurz mein Alles in den Fluß geworfen.

Sechs volle Wochen haben sie mich in's Irrenhaus gesperrt, ehe ich los kam.

vielleicht eher zu niedrig als zu hoch gegriffen und wenn man in Betracht zieht, daß es noch eine Menge Erwerbszweige giebt, welche nicht untersucht worden sind, dürfte sich die Anzahl der Arbeitslosen in New-York noch viel höher stellen. Wie groß die Noth ist, geht außerdem zur Evidenz aus den Polizeiberichten hervor, welche u. A. melden, daß im vorigen Monat 15 000 bis 16 000 Obdachlose Nachts in den Polizeistationen beherbergt wurden, d. h. ungefähr 5000 mehr als zu derselben Zeit in anderen Jahren.

In dem Zeitartikel der Beilage von gestern befindet sich ein sinnvoller Druckfehler. In dem Kommissionsbericht von 1884 wünscht die fortschrittliche Majorität das Koalitionsrecht der Arbeiter „im Interesse der Arbeitgeber“ (nicht der „Arbeiter“).

Politische Uebersicht.

Aufgehobenes Verbot. Der „Reichsanzeiger“ publicirt folgende Bekanntmachung: „Das von der Königl. bayerischen Regierung der Oberpfalz und von Regensburg, Kammer des Innern, zu Regensburg unter dem 28. Dezember 1884 erlassene Verbot der Druckschrift: „Historische Studie. Jesus von Nazareth“ von Georg Kammel, Nürnberg 1883, Verlag von Wörlin u. Comp. 9. Auflage, ist durch Entscheidung der Reichs-Kommission vom heutigen Tage aufgehoben worden. Berlin, den 23. März 1885. Die Reichs-Kommission. Herrfurth.“

Die Würde eines Reserveleutnants. Das „V. T.“ erzählt eine recht eigenthümliche Geschichte. Ein junger Mann, Dr. L., war längere Zeit Stenograph im Herrenhause und trat dann, um seiner Militärpflicht zu genügen, als Einjährig-Freiwilliger in die Armee ein. Als er nach Abolvierung seines einjährigen Militärdienstes zum Reserveleutnant ernannt worden war, wurde ihm auf Befehl seines militärischen Vorgesetzten zu verstehen gegeben, er habe nun seine Stellung als Stenograph im Herrenhause niederzulegen, Antemal diese sich nicht mit der „Würde eines Reserveleutnants“ verträglich. Und der junge Mann legte seine Stellung als Stenograph nieder, um seine „Würde“ zu wahren. Und erscheint der ganze Vorgang unbegreiflich, ja, wären wir noch im Mittelalter, so könnten wir es erklärlich finden, daß es Leute gäbe, die das Berichten irgend einer Arbeit als mit ihrer Würde nicht vereinbar betrachteten. Aber heute, im Jahre 1885, vermögen wir es nicht zu fassen, es geht über unsere Begriffe hinaus.

Ueber die Abänderung des Gerichtsverfassungsgesetzes wird geschrieben: Bei den Ausdebatteberathungen über den dem Bundesrathe zugegangenen Entwurf wegen Abänderung des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozessordnung, welcher die Bildung und Zusammensetzung der Schwurgerichte anders gestalten soll, hat sich so starker Widerspruch gegen die Vorlage erhoben, daß dieselbe einer vollständigen Umarbeitung wird unterzogen werden müssen. Es wird daher schwerlich daran zu denken sein, daß der Entwurf noch in der laufenden Session an den Reichstag gelangen wird.

Ueber den Brief des Regierungspräsidenten von Wedell betreffs der Posener Bürgermeistereiwahl wird der „Bresl. Bzg.“ aus Berlin geschrieben: Der Brief ist echt. Er ist auf einen Briefbogen des Reichstages geschrieben, und die Identität der Abschrift ist zweifellos. Wie der Brief in die Öffentlichkeit gelangt ist, läßt sich wenigstens so weit feststellen, daß er aus den Händen eines Mannes, der in irgend einem Verhältnisse sich für 15 Bfg. Verkauft hat, auf die Hände der selbst in diesem Brief eingewidmet bekam, in die Hände des Mannes gelangt ist, der den Abdruck vermittelt hat.

Das Verbot des Fachvereins vereinigter Berufszweige zu Zimmer in Hannover. Befagter Verein wurde in einer zu diesem Zweck am 25. Jan. d. J. stattgefundenen öffentlichen Versammlung gegründet. Das Statut des Vereins besteht der mit 65 Unterschriften versehenen Mitgliederliste wurde rechtsseitig bei der Behörde eingereicht. 8 Wochen warteten die Mitglieder auf die Genehmigung des Statuts, statt derselben wurde aber dem Vorkommenden am 23. März das Verbot zu gestellt. Dasselbe ist folgendermaßen begründet. Landdrostei Hannover, den 16. März 1885. Durch die in Abschrift beiliegende Bekanntmachung vom heutigen Tage ist der Fachverein vereinigter Berufsgenossen in Zimmer aufgelöst und verboten. — Dieses Verbot erscheint nach § 8 Abs. 3 des Gesetzes gegen die gemeinschaftlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober begründet, weil der genannte Verein nur vorübergehend ein neuer Verein ist, sich hauptsächlich aber als der am 2. Januar v. J. aufgelöste und verbotene Arbeiter-Sänger-Bund in Zimmer darstellt. In Betracht kommt dabei zunächst die Thatsache, daß fast die Hälfte der Mitglieder des Fachvereins früher dem Sängerbund angehörte, und sich diesem die übrigen Mitglieder, die ebenfalls den sozialistischen Ideen huldigen und erst nach Auflösung des Sängerbundes nach Zimmer gezogen sind, lediglich angeschlossen haben. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß ein Theil der jetzt dem Fachverein beigetretenen früheren Mitglieder des verbotenen Sängerbundes, wie einst in jenem, so auch in diesem, eine leitende Stellung einnimmt, ein Umstand, welcher in Verbindung mit der vorstehenden Thatsache, die Annahme gerechtfertigt erscheinen läßt, daß auch bei dem neugegründeten Vereine der in den Statuten angegebene Zweck lediglich der Deckmantel sein soll, hinter dem die eigentlichen, um den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Vereinszwecke gepflegt werden und sich verbergen sollen. Leitung, Zweck und ein großer Theil der Mitglieder des Fachvereins sind also dieselben, wie in dem verbotenen Arbeiter-Sänger-Bund und ist daher nach den Ausführungen des Reichsgerichts-Erkenntnisses vom 14. November 1879 anzunehmen, daß die angeblich neue Gründung eines Vereins mit anderem Namen (Fachverein) nur zum Vorturnen genommen ist, um den alten Verein (Arbeiter-Sänger-Bund) trotz des Verbotes fortzuführen zu lassen. Hiernach rechtfertigt sich die getroffene Entscheidung, und war der Fachverein vereinigter Berufszweige in Zimmer zu verbieten. Eine Beschwerde hiergegen findet nach Maßgabe des § 8 cit. leg. stat. Königl. Landdrostei, v. Jacobi. — Gegen das Verbot wird, wie verlautet, Beschwerde erhoben werden.

Franreich.

Der Ausschuss für das Gesetz über zufällige Verbrecher hat — wie der „Bef. Bzg.“ berichtet wird — dasselbe nach Aufklärungen Walder-Roufflens in der Senatsfassung angenommen. — Der Pariser Stadtrath beschloss mit 25 gegen 16 Stimmen, auf Bailants Antrag, die Jurisdiction des Ausweisungsbefehls gegen die ausländischen Sozialisten zu verlangen. — In seinen fortgesetzten Enthüllungen erzählt Andrieux, die Geheimfonds des Ministeriums des Innern würden großentheils zur Unterstützung der offiziellen Kandidaten, also zur Befestigung der Wähler, verwendet. Er nennt den Abgeordneten Josef Fabre, der 1881 auf Befehl Gambetta's unter Hochdruck des Präsidenten und mit Mithilfe des Geheimfonds in Noyon gewählt worden sei. Fabre protestirt in einem Briefe gegen diese Beschuldigung; er leugnet nicht, von Gambetta Geld und vom Präsidenten Unterstützung erhalten zu haben, behauptet aber, das Geld sei aus Gambetta's Tasche, nicht aus dem Geheimfonds gekommen. Diese Polemik erregt begriffliches Aufsehen.

Amerika.

Nach Meldungen aus Panama soll der Präsident Barrios von Guatemala mit circa 15 000 Mann Truppen im Anmarsch auf San Salvador sein. — Der Präsident von San Salvador befindet sich mit 10 000 Mann an der Grenze von Guatemala, bereit, Barrios entgegenzutreten. — Nach einer Depesche aus Panama sind die Führer der dortigen Aufständischen und die Vertreter der Regierung in Panama zusammengekommen und haben beschlossen, eine Kommission zur Regelung der Streitfragen zu ernennen.

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

50. Sitzung vom 26. März, 11 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes v. Scholz, Lucius und Kommissarien.

In der dritten Berathung der Nothstands-vorlage für die Weichselgegend äußert Abg. Wessel verschiedene Wünsche in Bezug auf die Regulirung der unteren Weichsel und den Weichsel-Nogatkanal. Eine schleunige und zweckmäßige Vornahme der bezüglichlichen Arbeiten sei besonders für den Kreis Stuhm eine Lebensfrage.

Die Vorlage wird unverändert angenommen; ebenso in dritter Berathung die Novelle zum Grundbuchgesetz für den Kasseler Bezirk.

Der Entwurf betr. die Veräußerung von Trennstücken für den Regierungsdistrikt Raffel und die hohenzollernschen Lande wird, nachdem Abg. Graf v. Posadowsky sich kurz gegen die auf ihn im Herrenhause gerichteten Angriffe verwahrt hat, in der Fassung des Herrenhauses angenommen.

Es folgt die Berathung der Verhandlungen des Landes-eisenbahnratschs von 1884.

Abg. Ratorp konstatirt mit Befriedigung, daß die auf den Staatsbahnen für Kohlen und andere Bergwerkserzeugnisse geltenden Ausnahme-Tarife auch auf die inzwischen neuverstaatlichten Privatbahnen übertragen seien. Es würde indessen im Interesse des westfälisch-rheinischen Bergbaues liegen, wenn jene Tarife noch weiter ermäßigt werden, namentlich für die Beförderung der Kohlen z. B. nach den deutschen Exporthäfen. Redner wünscht schließlich die Einführung einer zweiten Stückgullasse.

Abg. v. Wedell, Malchow: Die Verhandlungen über diese technischen Detailfragen im Plenum führen zu keinem praktischen Resultat; richtiger wäre eine Kommissionsberatung gewesen. Ich beantrage, die Vorlage durch Kenntnignahme für erledigt zu erklären. Uebrigens werden heute auch die ursprünglichen Gegner der Institution des Landeseisenbahnratschs anerkennen, daß derselbe bereits sehr wertvolles Material gesammelt und auch sonst eine überaus erspriehliche Thätigkeit entfaltet hat.

Abg. Windhorst beantragt Verweisung des Gegenstandes an eine Kommission. Die durch den Landeseisenbahn-rath getroffenen Tarifmaßregeln seien nicht überall richtig; es werden dadurch namentlich die holländischen Häfen gegen die Emshäfen bevorzugt.

Abg. Langert hat gleichfalls eine eingehende Prüfung der Vorlage durch eine Kommission. Auch er habe an dem jetzigen Tarifwesen manche Mängel entdeckt. Es trete mehr und mehr der Hauptfehler des Staatsbahnstatuts hervor, daß es die Tarife den lokalen Bedürfnissen nicht so anpassen könne, wie das die Privatbahnen vermöchten.

Abg. Hammacher bittet die Regierung, in Zukunft die Verhandlungen des Landeseisenbahnratschs dem Hause so zeitig vorzulegen, daß sie gleichzeitig mit dem Eisenbahnetat an die Budgetkommission überwiegen werden können. Für diesmal würde eine Kommissionsberatung bei der kurzen Dauer der Session keinen Erfolg mehr haben.

Ministerialdirektor Bresseld erwidert, die Vorlage sei bereits beim Zusammentritt des Hauses diesem gleichzeitig mit dem Etat zugegangen. Die Frage der zweiten Stückgullasse, welche erst vor sieben Jahren zur Erörterung gelangt war, ist neuerdings durch die Bezirks-eisenbahn-Räthe, also eine Institution der Staatsbahnverwaltung, neu angeregt worden, und wird die Staatsregierung auf Grund dieser Anregung demnächst vorgehen. Bei den früheren Privatbahnen seien übrigens die Tariffrage durchweg höher gewesen als heute bei den Staatsbahnen.

Die Abgg. v. Rauchsrupt und v. Wedell, Malchow bestreiten aufs Entschiedenste die Behauptungen des Abg. Langert's über die Nachteile des Staatsbahn-systems.

Die Vorlage wird durch Kenntnignahme für erledigt erklärt.

Es folgt die Berathung der Uebersicht über die Verwaltung der fiskalischen Bergwerke, Kütten und Salinen für das Jahr 1883/84. Die Budgetkommission beantragt, die Vorlage durch Kenntnignahme für erledigt zu erklären.

Ministerialdirektor Gussen nimmt hierbei Gelegenheit, die vor Kurzem von einem Redner aufgestellte Behauptung, als seien die Arbeitslöhne bei den fiskalischen Bergwerken reduziert worden, oder als stände eine solche Reduktion in Aussicht, als völlig unbegründet zurückzuweisen.

Geb. Rath v. Kōnne wendet sich gegen den am 3. Februar vom Abg. Letocha der Bergwerksverwaltung gemachten Vorwurf, daß in den oberschlesischen Bezirken die Arbeitskraft der Bergleute inhuman und übermäßig ausgebeutet werde. Der Vorwurf werde durch die thatsächlichen Verhältnisse völlig widerlegt. Auch die Lohnsätze seien angemessen; körperliche Mißhandlungen der Arbeiter durch die Aufsichtsbeamten kommen in den Bergwerken nicht vor.

Abg. Letocha hält seine früheren Behauptungen, besonders über die Lohnsätze, aufrecht. Die Löhne der Bergleute seien im Allgemeinen viel zu niedrig; namentlich aber in Schlefien, wo zahlreiche Bergleute trotz ihrer mühe- und gefährlichen Thätigkeit nur 1,50 Mark bis 2 Mark täglich verdienen, (Redner führt zum Belege zahlreiche einzelne Beispiele an.)

Die Vorlage wird durch Kenntnignahme erledigt.

Der 36. Bericht der Staatsschuldenkommission beantragt die Budgetkommission durch Dechargirung zu erledigen und außerdem folgendes zu erklären:

„Das Haus erkennt in der Vorchrift des § 16 des Gesetzes vom 24. Februar 1850, betreffend die Verwaltung des Staatsschuldenwesens und Bildung einer Staatsschuldenkommission, die Absicht, daß der der Hauptverwaltung der Staatsschulden übertragene Mitverschlag nur durch diejenigen Personen wahrgenommen werde, welche den im § 9 des Gesetzes angeordneten Eid geleistet haben.“

Das Haus beschließt demgemäß und ertheilt ferner noch Decharge für die Rechnungen der Kasse der Oberrechnungskammer für 1883/84.

Der Präsident erbittet und erhält die Ermächtigung, dem Fürsten Bismarck zu seinem 70. Geburtstage die Glückwünsche des Hauses darzubringen.

Schluß 2¼ Uhr. Nächste Sitzung Dienstag, den 14. April, 11 Uhr. (Antrag v. Fedly, betreffend das Lehrentenionsgesetz.)

Herrenhaus.

12. Sitzung vom 26. März, 2 Uhr.

Am Ministertische: von Puttamer, von Scholz, Friedberg und Kommissarien; später Fürst Bismarck. Das Haus ertheilt dem Präsidium auf Vorschlag des

Präsidenten, Herzogs von Raibor, die Ermächtigung, dem Reichskanzler Fürsten von Bismarck zu seinem 70. Geburtstage die Glückwünsche des Herrenhauses darzubringen.

Die Vorlage, betreffend die Einwilligung von Staatsmitteln zur Beseitigung der durch die Weichselüberschwemmungen herbeigeführten Verheerungen, ist aus dem Abgeordnetenhaus eingegangen und wird noch heute in einmaliger Schlussberatung erledigt werden.

Ohne Debatte nimmt das Haus den Gesegentwurf, betr. eine Schabloshaltung des herzoglich schleswig-holsteinischen Hauses, auf Antrag des Referenten von Winterfeld en bloc an, genehmigt ferner die Vorlage, betr. Abänderungen der Kirchenverfassung der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover, auf Antrag des Herrn von Bernuth ebenfalls en bloc und ertheilt dem Entwurf, betr. die Ergänzung des § 7 des Gesetzes über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung vom 30. Juli 1883, unverändert die Zustimmung.

Ebenso wird ohne Diskussion die Vorlage, betreffend die Entschädigung der Hinterbliebenen des Polizeiraths Kumpff, durch unveränderte Annahme erledigt.

Schließlich spricht das Haus auf Antrag des Referenten Graf Dönhoff-Friedrichstein die Zustimmung zu der sechsten aus dem anderen Hause herübergelangen Roth-schandsvorlage an.

Schluß 3 Uhr. Nächste Sitzung unbestimmt.

Lokales.

Um die großen Eisenbahn-Werkstätten am Halensee, so schreibt ein Verächterstatter, beginnt sich eine förmliche Arbeiterstadt zu erheben. Die Wohnhäuser sind von der Königl. Eisenbahndirektion errichtet und die Wohnungen werden zum Kostenpreise an die Arbeiter der Staats-Werkstätten abgegeben. Es bestehen bereits zwei Straßen, die eine mit zehn, die andere mit zwölf zweistöckigen Häusern. Eine Wohnung von zwei großen Stuben, Küche, Keller, Boden und Holzstall kostet das Jahr 72 M. Für ein Jahres-Abonnement auf der Stadtbahn bezahlt ein Arbeiter 8 M. Die Direktion hat ferner ein großes Wohnhaus eingeweiht, für welches der Pächter jährlich nur 1000 M. Pacht zahlt. Schnaps darf er allerdings nicht schänken. (Wohi nur Champagner!) Da jedoch von hier aus alle Stadt- und Ringbahnzüge abgehen, so hat das Restaurant einen starken Besuch. Am Mitternacht schließt es oft erst seine Thüren und öffnet Res bereits wieder um 3 Uhr Morgens. Der Wirth hält sich 3 Dienstmädchen und ebensoviele Hausknechte und schlachtet wöchentlich vier Schweine. Drei Mal in der Woche halten Händler mit Lebensmitteln in der Kolonie einen kleinen Markt ab; man könnte glauben, man befände sich in irgend einer empormachenden Oestadt von Benzinpanien. Ein Schlächter ist dort bereits ein so ständiges Bedürfnis, daß für ihn jetzt ein Laden ausgebrochen wird. Die Schattenseiten dieser Ansiedelung liegen darin, daß der Arbeiter, wenn er die Arbeit in diesen Werkstätten aufgibt, binnen 24 Stunden seine Wohnung räumen muß, (Wah!) ferner, wie immer in solchen Kolonien, in den Schulverhältnissen. Charlottenburg hat sich die Kinder vom Halte geschafft, und so müssen sie nach Wilmerdorf zur Schule gehen. Die Schulverhältnisse sind es wesentlich, welche eine stärkere Ansiedelung der Umgegend von Berlin verhindern.

N. Auf dem Begräbnißplatze der St. Georgen-Gemeinde sollen, wie uns geschrieben wird, höchst unangenehme Zustände herrschen. Die Särge stehen dort nämlich in einzelnen Kapselnartig aufgeführten Begräbnißstätten über der Erde und sind durch die Gitterthüren den Besuchern des Kirchhofs sichtbar. Schon aus sanitären Gründen müßte eine derartige Praxis nach unserem Ermessen für die Zukunft vermieden werden.

Pferdebahn-Betrachtungen. In der „Bosf. Bzg.“ lesen wir: „Das Berliner Verkehrsleben hat in den letzten Jahren einen so rapiden Aufschwung genommen, daß manche Einrichtungen, welche in früherer Zeit den Bedürfnissen desselben genügten, den Anforderungen der Gegenwart nicht mehr gerecht werden, ja stellenweise ganz hinter ihnen zurückbleiben. Betrachten wir z. B. die Pferdebahn, so ist in Betreff der Signallichter und Wagenschilder mit ihren verschiedenen Farben und Aufschriften jedenfalls alles gethan, um das Publikum bestmöglich über die verschiedenen Linien zu informieren; entsprechen aber die Haltestellenzeichen auch nur einigermaßen ihrem Zweck, die Passanten über den Einsteigeort zu orientiren? Schon bei Tage sind diese unansehnlichen Säbale mit den kleinen, meistens schwarzgrundigten Schildern unter den vielen sonstigen Straßenschildern schwer herauszufinden, bei Abend aber überhaupt nicht anders, als in unmittelbarer Nähe sichtbar. Für einen Fremden ist die Pferdebahn schon deshalb wenig benutzbar. Dasselbe gilt aber auch für Einheimische, wenn sie über ihren Bezirk hinaus kommen nach Gegenden, wo sie weniger bekannt sind. Zahlreiche Geschäfte, alle Apotheken, die Polizeiamter u. s. w. haben hohe, am Abend transparent erleuchtete Säbaler; sollte es nicht endlich an der Zeit sein, daß die Pferdebahnen diesen Beispielen folgen? Es ist unserer Erachtens geradezu unerträglich, daß dieser Punkt bisher so wenig beachtet worden ist. Ein weithin sichtbares, am Abend intensiv erleuchtetes Haltestellenzeichen hat auch den wesentlichen Vortheil, daß die Lenker der übrigen Fuhrwerke schon bei Zeiten ein langsames Tempo annehmen können, um Kollisionen mit den an der Haltestelle ein- und aussteigenden Passagieren zu vermeiden. Nach dieser Richtung ist eine Polizeiverordnung im Werke, welche das langsamere Fahren an den Haltestellen der Pferdebahnen durch Strafvorbehalte sichern wird. Ohne jene Voraussetzung der Augenfälligkeit der Haltestellen, namentlich Abends, wird man schwerlich einem Kutscher ein Versehen nachweisen können. Die Kosten dieser Transparenzänderungen werden sich wohl aus den Einnahmen noch bestreiten lassen, zumal durch diese neue Anlage sicherlich der Verkehr auf den einzelnen Strecken gesteigert werden wird.“

Also die „Bosf. Bzg.“ giebt selbst zu, daß von der Direktion außer in Bezug auf Signallichter und Wagenschilder so ziemlich nichts gethan ist, um den unansehnlichen Stand der ganzen Einrichtung irgendwie zu verändern oder zu verbessern, und die Pferdebahn auch nur einigermaßen den Anforderungen eines zahlenden Publikums gerecht werden zu lassen. Wir unfererseits haben an der Verwaltung der Pferdebahn noch Vieles auszusagen. Für den armen Mann den Arbeiter ist sie mit ihren vielfachen Theilstrafen bedeutend zu theuer, eine gewöhnliche Tour für 10 Pfennige fährt der Arbeiter überhaupt nicht, die läuft er lieber, um den Nadel und es fällt doch bei dem engbegrenzten Arbeiter-Haushalts-Etat ganz enorm ins Gewicht, ob namentlich 1 M. oder 1,50 M. für die bloße Beförderung zur Arbeitsstelle ausgegeben werden. Nun kommt noch hinzu, daß in den Morgenstunden für den größten Theil der arbeitenden Bevölkerung die Pferdebahn gänzlich nutzlos ist, weil sie ihren Betrieb erst dann eröffnet, wenn die Massen der Arbeiter ihre anstrengenden Märsche zu Fuß längst zurückgelegt haben und schon lange bei der Arbeit sind. Die „Bosf. Bzg.“ fährt fort: „Ein weiterer Uebelstand ist die Uebersättigung der Wagen mit Passagieren. Mit wahrhaft ebrender Resignation erträgt das Publikum des Innern, gefüllt in drangvoll fürchterlicher Enge, das fortwährend hin- und herlaufen, das Thürenschlagen, das unvermeidlichen, stellenweise unerträglichen Zugwind, kurz alle die Unzuträglichkeiten, welche namentlich die zu starke Besetzung des Vorderpersonals mit sich bringt. Nach unserer Ansicht dürften überhaupt nicht mehr als zwei Plätze auf dem Kutscher hinderlich, namentlich bei der Nothwendigkeit, eintretenden Falls den Wagen schnell zum Stillstand zu bringen.“

Gegen den Zugwind ist auf der Berlin-Charlottenburger Bahn die Einrichtung getroffen, daß an den Thüren breite Friesstreifen angebracht sind, warum hat man auch von diesem einfachen Schutzmittel nicht weiter Gebrauch gemacht? Wahr- scheinlich weil es zu theuer ist, und die Pferdebaahn-Gesellschaft durch eine so horrende Ausgabe sicher dem Ruin entgegengehen würde. Es wird immer höhere Zeit, daß die Stadterwaltung hier einmal ein ernstliches Wort spricht, und zu Nutz und Frommen der Allgemeinheit den Betrieb selbst übernimmt.

g. Ueber einen geradezu unerhörten Fall widerrechtlicher Freiheitsberaubung, welcher bereits zu einem Antrag auf Einleitung eines Strafverfahrens bei dem ersten Staatsanwaltschaft beim königl. Landgericht I, Herrn v. Angern, geführt hat, gehen einem Berichterstatter auf Grundlage der unvollständigen Beweismittel folgende Angaben zu: Die in der Wein- straße 3 wohnende verehelichte Arbeiterin Wilhelmine, Justine Heyde, geb. Balzweit wurde durch schöffengerichtliches Urtheil des königl. Amtsgerichts I mit einer Geld- strafe von 30 M. ev. 8 Tage Haft bestraft. Durch Verweisung der königl. Staatsanwaltschaft vom 18. Dezember 1884 wurde ihr auf ihren Antrag ein vierwöchentlicher Strafausschub bewilligt. Nach bevor dieser Strafausschub abgelaufen war und zwar am 12. Januar d. J., begab sich Frau H. in das Bureau der Staatsanwaltschaft beim königl. Landgericht I und bat dort um Bezeichnung derjenigen Stelle, an welcher sie die er- kannte Geldstrafe von 30 Mark einzahlen könne. Von einem dort angetroffenen Bureaubeamten wurde auf die Rückseite der staatsanwaltschaftlichen Verweisung fol- gender Vermerk gesetzt: 30 Mark Geldstrafe in der Strafsache Heyde, 89 D. 765. S. An das Kgl. Hauptsteuer- Amt für die Gerichtskostenenthebung, hier, Neue Friedrichstr. 13. Mit diesem Schriftstück begab sich Frau H. noch am 12. Januar et. in die in der Wagmannstraße belegene Post- anstalt, woselbst der amirende Postsekretär auf ihre Bitte eine Postanweisung über 30 M. mit der Adresse des vorge- nannten Steueramts und dem Vermerk des Bramanten im Bureau der Staatsanwaltschaft ausfertigte. Frau H. zahlte nun die 30 M. ein und erhielt einen Empfangsschein. In demselben ist nun, daß ein auf Bezahlung der Principalita gegen Frau H. erkannten Geldstrafe gerichtliches Vollstreckungsverfahren gegen Frau H. bis dahin überhaupt nicht stattgefunden hat, nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften der Vollstreckung nach dieser Geldstrafe substituirten Haftstrafe unbedingt voran- gehen müßte. Noch im Laufe des Monats Januar et. wurde Frau H. durch Beamte des zuständigen Polizeivertreters aufgefordert, sich zur Verbüßung der Haftstrafe zu stellen. Frau H. übergab nun auf dem Polizeibureau dem Polizeikommissar Weidenmann persönlich den Postschein und theilte dem Beamten den Sachverhalt mit, worauf er Aufklärung der Sache ver- sprach. Bis zum 13. März d. J. blieb Frau H. ohne jede Nachricht in der Sache. Als ihr nun an diesem Tage durch einen Schuttmann der Postkasse ohne jede weitere Mit- theilung zurückgebracht wurde, ging sie nach dem Bureau der königl. Staatsanwaltschaft und bat dort um Aufklärung über den Sachverhalt, namentlich um sofortige Rücknahme des an die Polizeibehörde gerichteten Verhaftungsbefehls. Nach der Richterschrift der Rimmer 61, gemessen, wurde sie von einem dortigen Beamten mit der Erklärung abwesend beschieden, daß zwar der Geldbetrag von 30 M. eingegangen sei, daß man aber angenommen habe, Frau H. würde die durch das Strafverfahren entstandenen Kosten nicht bezahlen und daß deshalb dieser Geld- betrag auf die entstandenen Kosten verrechnet worden sei. Die Verrechnung sei einmal ge- schehen und Frau H. müßte die ständige Haftstrafe abbüßen. Anschließend wollten wir wissen, daß der Frau H. bis dahin eine Rechnung über die entstandenen Gerichtskosten mit Zahlungsaufforderung überhaupt nicht zugelegt worden ist. Bei ihrer an demselben Tage erfolgten Rückkehr nach ihrer Wohnung wurde Frau H. durch einen Schuttmann nachmittags verhaftet und nach dem Stadtvolkshaus in Gefängnis gebracht, wo sie bis zum 22. d. Mts. die achtjährige Haftstrafe verbüßen mußte. Offen- bar liegt hier eine grobe Verletzung der Amtspflichten desjenigen staatsanwaltschaftlichen Beamten vor, welcher den Straf- vollstreckungsbefehl erlassen hat. Derselbe durfte aber gegen Frau H. in keinem Falle erlassen werden, bevor nicht durch einen amtlichen Bericht des Gerichtsvollziehers oder sonstigen Voll- streckungsbeamten festgesetzt war, daß die gegen Frau H. er- kannte Geldstrafe von ihr nicht beigetrieben war. Charakteristisch ist noch, daß der Frau H. erst nach ihrer Frei- lassung, und zwar am 23. d. Mts. die auf nur 19 Mark lautende, und zwar am 19. d. Mts. datirte Gerichtskostenrechnung zugestellt wurde. Darunter befand sich die Bemerkung: „Vorstehender Betrag ist von demjenigen 30 Mark zu- rück, welche die Angeklagte gezahlt hat“. In dieser Rechnung sind unter Post. 6 zusammen 6 R. 40 Pf. Kosten der widerrechtlichen Vollstreckung der 8 ständigen Haft, und zwar 8 Ral 80 Pf. liquidirt. Ueber das Säckel der überschüssigen 11 M. weiß Frau H. heute noch nichts. Frau Heyde hat nun beim ersten Staatsanwalt Herrn v. Angern beantragt, durch das gerichtliche Verfahren die Person des oder der Schul- digen zu ermitteln und festzustellen und gegen dieselben en- weder das gerichtliche Strafverfahren oder das Disziplinär- verfahren einzuleiten, auch ihr die Person des oder der Schuldigen und das Thatsächliche der von denselben begangenen groben und Verletzung der Amtspflichten mitzutheilen, damit sie in der Lage ist, sich auch noch im Zivilwege Genugthuung wegen der ihr zugefügten Schäden zu verschaffen. Es ist auch unter Umständen, daß der schwergeprüften und gekränkten Frau seitens der vorgesetzten Behörde volle Genugthuung zu Theil werde.

Ueber das schwindelhafte Treiben des Bankiers Louis Strödel, der unter der Firma A. Strödel hier in Berlin, Schönhauser Allee 174, und in Basel sowie in Cassel Vorbringen eine große Anzahl Betrugsfälle zur Anzeige v- rübt hat, sind inzwischen so viel Betrugsfälle zur Anzeige gelangt, daß es Wunder nimmt, wie der laudare Herr „Bankier“, der in Wirklichkeit ein stellungsloser Handlungsdiener gewesen, so lange Zeit und mit großem Erfolge den Schwindel treiben konnte. Wir haben aber die Geschäftsmanipulationen des Strödel und seines Kompagnons und Schlafbuschens, des be- reits hinter Schloß und Riegel beschuldigten „Bankiers“ Ferdinand Schulz, früher ausführlich berichtet. Es stellt sich jetzt heraus, daß der mit seiner Familie in aller Ruhe nach Amerika ausgewanderte Strödel der Hauptthäter der seiner „Bankfirma“ gewesen. Die von ihm selbst angefertigten Be- zeugnisse auf Brämienloose, welche der jungenferne Strödel namentlich an Gutsbesitzer, Pastoren und Lehrer angebracht und aus dem Erlöse dieser Schwindelgeschäfte sehr flott ge- lebt. Seine Einnahmen gestatteten es ihm, täglich Droschke zu fahren, nach der Börse zu fahren und von dort wieder nach Hause zurückzukehren. In Wirklichkeit war aber der seine Banker niemals an der Börse zu sehen, sondern vertrieb sich die Zeit mit Buffspiel zu hohen Einlagen in einem Casino der Nähe der Venden. Als mehrere Anzeigen bei der Staats- anwaltschaft gegen ihn erlassen waren, reiste er schleunigst von hier mit Familie ab und gewann einen solchen Vorsprung, daß der jetzt hinter ihm erlassene Steckbrief schwerlich Erfolg haben dürfte.

a. Undank ist der Welt Lohn. Der Kutscher des Kauf- manns Sch. in der Josefststraße fuhr gestern Nachmittag auf einem Rollwagen eine große Kiste mit 2000 Zigarren zu dem Kaufmann N. in der Reichenbergerstraße. Auf dem Wege dahin, an der Dranienbrücke, trat ein unbekannter, ca. dreißig- jähriger Mann, mit rothunterlaufenen Augen an das Fuhr- werk heran und bat den Kutscher, ihm eine Straße Weges mitzunehmen, da er sehr müde wäre. Der Kutscher ließ den

Fremden den Wagen besteigen und am Bestimmungsorte ließ er den Unbekannten die Kiste mit Zigarren in den N.'schen Laden tragen. Kaufmann N. lehnte aber die Annahme der Zigarren ab, er gestattete jedoch auf die Bitte des Kutschers, welcher noch eine weitere Fahrt zu erledigen hatte, daß die Kiste in seinem Geschäftslokal zurückblieb, bis der Kutscher auf der Rückfahrt dieselbe abholte. Der Kutscher fuhr nun mit seinem unbekanntem Gefährten weiter. Nachdem sie eine kleine Strecke zurückgelegt hatten, verabschiedete sich der Fremde vom Kutscher, welcher arglos weiter fuhr. Der Fremde eilte jedoch nach dem Laden des Kaufmanns N. zurück, wo er die Kiste in Empfang nahm und damit Kiste entfernte. Der Betrüger ist noch nicht ermittelt. Die Kiste ist mit Nr. 12879 gezeichnet und die Zigarren sind mit dem Namen: „La Bajadera“ etikettirt.

N. Ein überaus frecher Diebstahl ist gestern Nach- mittag, also am helllichten Tage in dem Hause Breitestraße 30 verübt worden. Mehrere anscheinend der Junsti der Platten- fabriker angehörige Diebe hatten sich auf den Boden des ge- nannten Hauses gesöhlichen, und dort, nachdem sie einen Boden- schlag gewaltsam erbrochen, fast die sämmtlichen einem Agenten S. gehörigen und auf dem Boden aufbewahrten Gegenstände gestohlen. Mehrere Betten, Teppiche, Garderobegenstände u. s. w., die in Summa einen sehr namhaften Werth repräsen- tirt, fielen den Eindringlichen in die Finger und wurden als willkommenen Beute mitgenommen. Die sofort seitens des Bestohlenen und seitens der Behörde eingeleiteten Recherchen hatten bisher keinen Erfolg.

Nach mehr denn 20-jähriger Abwesenheit lehrte kürz- lich ein Defecteur eines Infanterie-Regiments aus Amerika nach Berlin, seiner Heimatstadt, zurück. Dem 45 Jahre alten Ausreißer, dem es im fremden Erdtheile gut ge- gangen, und der mit Vermögen hierher zurückkehrte, wurde hier ein ungünstiger Empfang bereitet. Raum nämlich war der Defecteur hier polizeilich gemeldet, als die Behörde sich des Verschwindens noch erinnerte und ihn nach dem Rollenmarkt sirtiren ließ. Von dort aus wurde derselbe dem Bezirks-Kom- mando des Reserve- Landwehr-Regiments Nr. 35 (Berlin) zu- geführt, welches den Defecteur wieder auf freien Fuß setzen mußte, da die Strafstat bereits verjährt und die Einstellung des Defecteurs als unsicheren Heerespflichtigen nicht mehr zulässig war. Der unheimliche Empfang in der Heimat be- stimmte aber den „amerikanischen Renittier“, Berlin sofort den Rücken zu kehren und sich im Süden Europas mit seiner aus Frau und vier Kindern bestehenden Familie eine neue Heimath zu gründen.

Der ehemalige Hauptmann Genitz, der bekanntlich wegen Landesverraths zu einer neunjährigen Zuchthausstrafe verurtheilt war, ist am Montag in der Strafanstalt in Halle an einer Gehirnhautentzündung gestorben.

Zu einem als Vertheidiger in Strafsachen bekannten Rechtsanwält sam jüngst eine junge Dame, welche daß die Vertheidigung ihres wegen Diebstahls in Untersuchungshaft befindlichen „Bräutigams“, eines Schloßers, zu übernehmen. Nach der Versicherung der „Brau“ war der angeklagte „Bräutigam“ so unschuldig wie die Sonne am Himmel. Zwischen der Braut des Inhaftirten und dem Rechtsanwalt wurde darauf das Honorar verabredet, welches an andern Tagen gezahlt werden sollte. Pünktlich erschien die Braut und überreichte dem Rechtsanwalt das verabredete Honorar. Bei dieser Gelegenheit theilte das Mädchen dem Rechtsanwalt mit, daß das geforderte Honorar von Freunden des Verhafteten gemeldet worden sei, und überreichte zum Beweise dessen dem Anwalt ein Verzeichniß der Geber, worunter sich zwei Namen befanden, die dem Vertheidiger aus den Gerichtsfällen sehr be- kannt vorkamen. Der Rechtsanwalt bat sich wegen Ueber- nahme des ihm angetragenen Mandats bis zum anderen Tage Bedenkzeit aus, zog über die Rechner und Geber des für ihn bestimmten Vertheidiger-Honorars an maßgebender Stelle Er- kundigungen ein und erfuhr, daß die Geber sämmtlich der Sicherheitspolizei sehr bekannte Personen waren. Der Rechts- anwalt hat unter diesen Umständen die Uebernahme der Ver- theidigung abgelehnt.

N. Ein ganz entsetzlicher Unglücksfall wird einer hie- sigen Korrespondenz aus dem benachbarten Dichtenrade gemeldet. Ein bei dem dortigen Landwirth Brademair in Kondition ste- hendes Dienstmädchen war vorgesehen an einer Hölzschneide- maschine damit beschäftigt, daß kurz geschnittene Stroh fortzu- nehmen. Hierbei kam sie jedoch der Welle zu nahe. Diefelbe erfaßte ihre Kleider und wurde das Mädchen so mehrfach um die Welle herumgeschleudert. Mit mehrfach gebrochenen Glied- maßen und anscheinend lebensgefährlichen inneren Verletzungen wurde das Mädchen in ein hiefiges Krankenhaus geschafft. Ihr Zustand wurde dort als ein so hoffnungslos bezeichnet, daß sie wahrscheinlich ihren Verletzungen in allernächster Zeit er- liegen dürfte.

Polizei-Bericht. Am 24. d. M. Nachmittags wurde ein 9 Jahre alter Knabe, während er in der Andreasstraße vor dem Grundstück 19 spielte, von einem aus dem Thorweg des genannten Grundstücks herauskommenden Hundehufwerk ver- fahren und erlitt dabei eine Verletzung am Kopfe. Am 25. d. Mts. Vormittags wurde ein Mann beim Ueberschreiten des Fahrdammes an der Ecke Unter den Linden und Friedrichs- straße überfahren und erlitt hierbei einige anscheinend nicht erhebliche Verletzungen an beiden Knöcheln und an der linken Hand.

Gerichts-Zeitung.

—y. Eine interessante Beleidigungsklage gelangte gestern vor der 10. Abtheilung des Schöffengerichts gegen den Redakteur der „Berliner Politischen Nachrichten“ Viktor Schweinburg zur Verhandlung. Kläger war ein Mitglied des Herrenhauses, der Baron von der Busche-Streitborn, welcher sich durch Rechts- anwalt Munkel vertreten ließ, während dem Verklagten der Justizrath Fleck zur Seite stand. In der Nummer vom 6. Dezember v. J. des genannten Blattes beschäftigte sich der Leitartikel mit der politischen Stellung der hannoverschen resp. welfischen Adelspartei und wurde dieselbe einer scharfen Kritik unterzogen. Der Artikel warf dem welfischen Adel vor, daß er lediglich aus persönlichen Motiven in frivol und betrüge- rischer Weise den niedersächsischen Volkstamm ausnuzte, daß er Theil gehabt an den reichsfeindlichen Konspirationen der Welfenliga und sich selbst nicht entblödet habe, Ende der 60er Jahre mit dem Erbprinzen in Verbindung zu treten, wie auch seine Vorfahren dergleichen dem Abenteurer König Jerome gedient und an dem damaligen Welfenprinzen Hofe eine entwürdigende Stellung als Hofstrazzen eingenommen hätten. Unter der aus dem Welfenlistischen Hofkalender entnommenen Liste jener Diener Jerome's war auch der Name „von der Busche“ auf- geführt und schloß der Artikel mit der Bemerkung, daß es jedem Deutschen überlassen bleiben müßte, sich ein eigenes Urtheil darüber zu bilden, welchen Werth den patriotischen Beteuerungen seitens der Träger solcher Namen beizulegen sei. Der Kläger stellte den Strafantrag und beantragte dessen Ver- treter im Termine unter dem Nachweise, daß sein Mandant überhaupt nicht zur Welfenpartei gehöre und unter Vorlegung eines Legationszeugnisses des Fürsten Bismarck, wegen der Schwere der Beleidigung eine entsprechende Sühne und vor allen Dingen eine umfassende Publikationsbefugniß des Er- kenntnisses. Der Verklagte erklärte demgegenüber, daß ihm eine Beleidigung des Klägers völlig fern gelegen, es sei die von der Busche'schen Familie eine so weit ver- zweigte, daß allein drei verschiedene Linien im Gotthard Hofkalender aufgeführt wären und der Name von der Busche-Streitborn überhaupt nicht genannt sei. Der Ver- theidiger machte geltend, daß sein Mandant lediglich historische Thatsachen angeführt habe und daß es eine underechtigte Em-

pfindlichkeit wäre, wenn Jemand sich beleidigt fühle, weil über den Träger eines gleichen Namens, wie er ihn führe, Nach- theiliges berichtet werde. Der Gerichtshof konnte sich diesen Ausführungen aber nicht anschließen, sondern erkannte auf eine Geldstrafe von 300 Mark ev. 60 Tage Gefängniß, sprach auch dem Kläger die Publikationsbefugniß in der Börsenzeitung zu, welche den inkriminirten Artikel veröffentlicht hatte.

Eine zweite Privatklage gegen den Redakteur der „Ber- liner Politischen Nachrichten“ Redakteur Schaeinburg, sowie gegen den Redakteur der „Staatsb.-Ztg.“ Dr. Otto Bacher gelangte gestern vor der 90. Abtheilung des hiesigen Schöff- gerichts zur Verhandlung. Der Privatkläger war der wegen seiner Reklamen bekannte „sogenannte“ Spielwerke-Fabrikant J. G. Heller in Bern. Im November pr. brachten die „Berl. Pol. Nachr.“ einen warnenden Artikel gegen die Fabrikate des Klägers, mit denen er zum Schaden der Abnehmer den deutschen Markt überschüttet. U. A. war die Behauptung aufgestellt, daß Heller gar keine Fabrik besäße, sondern nur in einer unbedeu- tenden Reparaturwerkstatt alle Werke zu neuem aufstuge und für horrende Preise verkaufe. Dieser Artikel wurde von ver- schiedenen Tagesblättern, so auch von der „Staatsb. Ztg.“ repro- duziert. Hierdurch fühlte sich der Privatkläger in seiner geschäftlichen Ehre verletzt und strengte die obige Klage an. Beide Beschul- digte nahmen für sich den Schutz des § 193 Str.-G.-B. in Anspruch, indem sie es an der Hand von hinreichendem Ma- terial für die Pflicht der Presse erachteten, das deutsche Publikum vor Schädigungen zu bewahren. Der erste Be- schuldigte legte auch Prozehalten vor, aus denen zur Goides hervorzing, daß Heller einem Besteller ein Spielwerk für 6000 M. überhandt hatte, das abgepielt und nur 600 M. werth war. Der Vertreter des Privatklägers beantragte eine exemplarische Bestrafung, der Gerichtshof erkannte aber auf Freisprechung beider Beschuldigten, da der Beweis der Wahrheit geführt und es als eine Pflicht der Presse angesehen werden muß, zum Schutze der deutschen Interessen eine Warnung gegen derartige unrecelle ausländische Produkte ergehen zu lassen.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Liegnitz, 25. März. Die hiesige Regierung hat schon wie- der einer Innung, und zwar der Sattler-, Riemen- und Tapezieren-Innung, das Privilegium des § 100b der Gewerbe- ordnung verliehen und zugleich bestimmt, daß Streitigkeiten aus den Verhältnissen der im § 120a der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich bezeichneten Art auf Anrufen eines der streitenden Theile von dem Schiedsgericht der Sattler-, Riemen- und Tapezieren-Innung bisher erlassenen Vorschriften über die Regelung des Verhältnisses, sowie über die Ausbildung und Prüfung der Lehrlinge auch dann bindend sind, wenn der Arbeitgeber resp. Lehrherr, obwohl er das Sattler-, Riemen- oder Tapezieren- gewerbe betreibt und selbst zur Aufnahme in die Innung fähig wäre, gleichwohl der Sattler-, Riemen- und Tapezieren-Innung nicht angehört. Haben sich nach den von der Sattler-, Riemen- und Tapezieren-Innung erlassenen Vorschriften Lehrlinge solcher, das Sattler-, Riemen- oder Tapezieren-Innung betreibenden Personen, welche der Sattler-, Riemen- und Tapezieren-Innung nicht angehören, einer Prüfung zu unterziehen, so ist dieselbe von einer Kommission vorzunehmen, deren Mitglieder zur Hälfte von der Innung, zur Hälfte von dem Magistrat der Stadt Liegnitz berufen werden.

Maurerkongress. Hannover, 25. März. Der nach Hannover einberufene Maurerkongress gelangte gestern während einer neunstündigen, außergewöhnlich eifrigen Verhandlung zu keinem positiven Resultat. In der Beratung über den Weiter- bestand des Fachorgans „Der Bauhandwerker“ wurde nach lebhafter Debatte beschlossen, in Bezug auf das Presseorgan keine Veränderung vorzunehmen, die Verwaltung aber zu einer kräftigeren Agitation für das Blatt anzuregen. Zu leidenschaftlichen Auseinandersetzungen gab auch die Frage über Bildung einer Central-Organisation Veranlassung. Schließlich wurde der Antrag angenommen, eine solche Organi- sation vorläufig nicht zu schaffen, sondern auf eine Vermehrung und Erweiterung der Fachvereine hinzuwirken und einen Ausschuß mit der Ausarbeitung einer deszüglichen Vorlage zu betrauen. Die Verhandlung über den Sitz dieses Aus- schusses führte zu heftigen Erörterungen, und ein Antrag, den Sitz nach Hamburg zu verlegen, veranlaßte Hartwig Hamburg zu der mit Leidenschaftlichkeit gegebenen Erklärung, die Ham- burger Maurer würden sich unter keinen Umständen dazu ver- stehen, die Arbeitslast und die Unkosten, welche mit Uebernahme einer solchen Kommission verbunden seien, auf sich zu laden. In dem Orte, in welchem das Zentralorgan erscheine, sei die Last der Arbeit und Unkosten weit geringer, also möge Berlin zum Sitz der Kommission gewählt werden. Eine Einigung war gestern nicht zu erzielen und so wurde die Debatte auf heute vertagt. Die heutigen Verhandlungen begannen mit einem Versuch, den gestern in Bezug auf das Fachorgan ge- faßten Beschluß wieder umzukloßen. Der Versuch mißlang, aber dafür wurde der von C. Hainig-Bismarck eingebrachte An- trag angenommen, zur Kontrolle der Berliner Kom- mission und Verwaltung des Presseorgans einen Ausschuß von fünf Mitgliedern mit dem Sitze in Hamburg zu betrauen. Die Kontrolle soll zur Wahrung möglicher Unabhängig- keit nicht von dem Orte aus erfolgen, in welchem die Kom- mission und Verwaltung des Presseorgans ihren Sitz hat. In den Ausschuß mit dem Sitze in Hamburg wurden die Ham- burger fünf Kongressdelegirten gewählt. Hartwig Hamburg erklärte heute unerwarteter Weise seine Zustimmung zu diesem Antrage. Krefe-Rathenow führte Beschwerde über das Ver- halten der Meister in Rathenow, welche durch ver- schiedene Nachaktionen nicht nur den Lohn auf 22 Pfennige pro Stunde herabdrückt, sondern denselben zum Nachtheile der Gehtellen unregelmäßig verabfolgt, ferner in unzulässiger Weise zur Arbeit in Ueberstunden, sowie auch Sonntags bis spät in den Nachmittags hinein genötigt haben sollen. Der Kongress beschloß einstimmig, die Maurer- gesellen und Arbeiter Rathenows gegen die Bedrückungen von Seiten der Meister in Schutz zu nehmen, die Maurer vor einer Arbeitnahme in Rathenow zu warnen, den streikenden Arbeitern die erforderliche Unterstützung zu gewähren und den Meistern in Rathenow hiervon Kenntnis zu geben. Die Ver- sammlung nahm noch folgende Anträge an: 1) Der Kongress wolle beschließen, zu erklären, daß durch das jetzt übliche Ver- fahren, Lehrlinge in Ueberzahl zu beschäftigen, eine Ueber- füllung des Gesellenpersonals herbeigeführt und der Nothstand in bedenklicher Weise gesteigert werde; 2) die Gründung einer Unterstützungskasse zu beschließen; 3) den Ausschuß mit Aufhebung einer Resolution gegen das bisherige, das Hand- werk schädigende Submissionswesen zu beauftragen und diese Resolution zu allgemeiner Kenntnis zu bringen. Hiermit war die Tagesordnung erledigt und der Vorsitzende, Dietrich-Berlin, schloß den Kongress mit einem Hoch auf die Verehrung der Maurer.

Vereine und Versammlungen.

Hls. Der Fachverein der Metallarbeiter in Gas-, Wasser- und Dampf-Armaturen tagte am Mittwoch Abend in Grasmell's Bierhallen unter dem Vorhise des Herrn Wurche. Herr Roekle hielt einen interessanten Vortrag über die Bedeutung des gesetzlichen Maximalarbeits- tages, dessen Einführung als unentbehrlich im Interesse der Lohnarbeiter und zum Wohle nicht nur der Gesamtheit des Volkes, sondern der ganzen Nation sei. Dem deszüglichen aus- genommenen Vortrage folgte eine längere animirte Diskussion, in welche auch die bekannte Streitangelegenheit der Joseph'schen Armaturenfabrik verflochten wurde. In Betreff des Streiks

wurde allseitig konstatiert, daß derselbe vorläufig als eine verlorene Sache zu betrachten sei, zugleich aber für die fernere Unterstüßung der ihrer Sache treu gebliebenen streikenden Arbeiter so lange gefordert werden müsse, bis es gelungen sei, ihnen anderweitige Unterstüßung zu verschaffen. Im Namen des Vorstandes gab darauf der Vorsitzende die Erklärung ab, daß er die Unterstüßung jener Berufsgenossen als selbstverständlich betrachte und nur die Vereinsmitglieder sowie die Berliner Metallarbeiter überhaupt darum bitte, dieselbe auch in Zukunft wie bisher ermöglichen zu wollen. Alsdann wurde einstimmig folgende Resolution zum Beschluß erhoben: „Die heutige Versammlung des Fachvereins etc. erklärt: Das Solidaritätsgefühl gebietet allen Arbeitern die Hebung eines geselligen Maximalarbeitstages, als notwendig zur Verminderung der Arbeitslosigkeit und der „Pagabondage“. Ferner erklärt die Versammlung in Betreff des in Verfolgung dieses Prinzips eingeheten Streikes in der Joseph'schen Armaturenfabrik, daß die von denselben versuchte Verlängerung der Arbeitszeit, sowie alle übrigen Praktiken der Fabrikation nur auf eine Reduzierung der Löhne hinauslaufen. Diese müssen aber gerade jetzt, wo die Lebensmittelpreise und Mietpreise im Steigen begriffen sind, erhöht oder doch mindestens auf ihrem derzeitigen Stande erhalten werden. Schließlich wurde das Verhalten der Werkführer der genannten Fabrik einer herben Kritik unterzogen. Auch der bekannte Streik der Vielefelder Nähmaschinen-Arbeiter von Koch u. Co. wurde zum Gegenstande eingehender Erörterungen gemacht, die Unterstüßung derselben durch Veranstaltung von Sammlungen in den Werkstätten und Fabriken warm empfohlen. Ein als Gast anwesendes Mitglied des Fachvereins der Schlosser, Herr Kluge, ertheilte den Genossen der Armaturenbranche, unter Hinweis auf die Schwierigkeiten, welche für einen, doch immer nur von einem Theile der Branchengenossen geföhrten Streik, aus der Aufgabe erwachsen, die entstehenden Streikes zu unterstützen, den wohl gemeinten Rath, künftig neben dem Fachverein auch eine freie Organisation unter einer zu wählenden Lohnkommission für die rein gewerkschaftlichen Zwecke der Lohnbewegung, Streikunterstützungen etc. ins Leben zu rufen, wie dies die Berliner Tischler, Schlosser, Schneider etc. schon mit Erfolg gethan hätten. Die Redner der hierüber sich entspinneuden kurzen Diskussion waren jedoch durchweg der Ansicht, daß sich dazu wenigstens bis jetzt noch kein Bedürfnis herausgestellt habe.

Die neuen Zahlstellen der Allgem. Kranken- und Sterbefasse der Metallarbeiter (S. 29)

Die neuen Zahlstellen der Allgem. Kranken- und Sterbefasse der Metallarbeiter (S. 29) befinden sich für Filsale Berlin VI 1) Bergstr. 36 bei Herrn Galle; 2) Friesenbergerstraße und Wollinertstr. bei Frau Frau. Beiträge werden entgegen genommen jeden Sonnabend, Abends von 8 bis 10 Uhr.

Vermischtes.

Der Wahrsager. Die „Rottow. Zeitung“ schreibt: Der Bergmann Ra. aus Borken (Kr. Rottow), hatte am vorigen Sonnabend das Unglück, seine ganze Lohnung, die er zum Zweck des sicheren Verwahrens in einen neuen leeren Geldbeutel gethan, zu verlieren. Drei Tage suchte man nach dem verlorenen Gelde, doch war und blieb das Geld verschwunden. Am vierten Tage begab sich Ra., auf Jureden abergläubischer Leute, nach Oesterreich zu einem berühmten — oder besser gesagt — berühmten Wahrsager. Der Wundermann meinte zwar, es sei ein sehr schwieriger und heikler Fall, gab aber zuletzt dem Ra. den weisen Aufschluß, er möge nur beruhigt nach Hause fahren, das verlorene Geld werde bei seiner Ankunft vollständig auf dem Tische liegen. Als Ra. nach Hause kam und die Thür seiner Wohnung öffnete, da — lag der neue Geldbeutel mit seinem vollen Inhalt auf dem Tische. Wie das zugeht, war sehr einfach. Der Bergmann Ra., der mit dem Ra. in ein und demselben Familienhause wohnt, hatte das Geld gefunden und es in dem Riste des Schweinefasses verscharrt. Als er aber hörte, daß Ra. zu dem berühmten Wahrsager nach Oesterreich gefahren war, bekam er eine heillose Angst, und in dem Augenblicke, als Ra. von seiner Reise aus Oesterreich zurückkehrte, hatte Ra. das Geld der Frau des Ra. auf den Tisch gelegt, mit dem Bemerkten, er habe dasselbe schon am Vortage gefunden und sich nur einen Spoh machen wollen. Ob es nur ein muthwilliger, unüberlegter Scherz war oder wirklich böswillige Absicht, das wird die gerichtliche Untersuchung klarlegen. Die Anhänger des Wundermannes aber sind entzückt von dessen Allwissenheit und neue Schaaaren von Gläubigen strömen ihm zu.

Ueber den Handel mit Elephantenzähnen. Daß die in den Handel kommenden Elephantenzähne selten das Gewicht von 50 Pfund überschreiten und eine große Anzahl überhaupt nur 10 Pfund schwer zu sein pflegt, wurde schon längst hervorgehoben. Zähne von über 100 Pfund Schwere bilden auf den Auktionen gewissermaßen ein Ereigniß, welches aufs Lebhafteste diskutiert wird. Ist ein Zahn gar 150 bis 180 Pfund schwer, so wird dieser Fall in den Annalen der Londoner Eisenauktionen verewigt und nach Jahren pflegt man noch von solch einem prachtvollen „Glas“ oder „Milchstein“ zu reden. Uebrigens sellen schon Zähne von 300 Pfund vorgekommen sein, wenigstens berichteten die Offiziere der Nigere Expedition 1837, daß ihnen von einem Negerkönige zwei Zähne von 2 1/2 Fuß Umfang an der Hohlung bei 8 Fuß Länge gezeigt wurden, die jeder über 300 Pf. wogen, und ebenso erzählt Broderip in seiner „Zoological Recreations“, daß ein Zahn von 300 Pfund Schwere in Amsterdam verkauft worden sei. Demgegenüber sind Zähne des Mammuth von 150 bis 200 Pfund Schwere durchaus nicht selten, solche von 100 bis 150 Pfund sogar ziemlich gewöhnlich. In Rußland und besonders in Sibirien werden dieselben beinahe ausschließlich unter der Erdoberfläche oder von ewigen Eise umschlossen in großer Menge gefunden. Moskau ist für dieselben der Hauptmarkt, auch nach London gelangen kleinere Quantitäten, die sich jährlich auf etwa 30 000 bis 35 000 Pfund belaufen. Nur wenige dieser Mammuthzähne haben sich im Eise unverändert erhalten und werden dann allerdings zu gleich hohen Preisen wie frühere Elephantenzähne verkauft, die meisten hingegen sind an der Oberfläche vollständig kalinirt, so daß der noch erhaltene gesunde Kern aus dem Zahn herausgeschält werden muß und der Rest der letzteren natürlich erheblich sinkt. Daß Rußland vorzugsweise Mammuthzähne verarbeitet, ist bei den nahen Bezugsquellen selbstverständlich. In allen übrigen Kulturstaaten wird jedoch das frische afrikanische und asiatische Eisenbein bevorzugt. Eine erhebliche Konkurrenz erwächst ihm jedoch durch die Zähne des Fledermaus- oder Nilpferdes. Letzteres ist in Oberguinea, in Hochsudan und in Hochafrika, hieselbst mit eingeschlossen, noch zahlreich verbreitet. Von seinem massenhaften Vorkommen im Gebiete des Victoria-Nyanja, des Tanganjika und des oberen Kongolandes macht ja Stanley in seinem „Quer durch Afrika“ interessante Mittheilungen. Das Nilpferd hat im Unterkiefer zwei halbkreisförmige, im Oberkiefer zwei fast gerade Eckzähne. Die ersteren werden bis 2 1/2 Fuß lang und 10 Pfund schwer, die letzteren sind von etwas geringeren Dimensionen, dagegen besonders voll und rund. An Feinheit und Weiße übertrifft die Masse dieser Zähne noch das eigentliche Eisenbein, daher sie zu den feinsten Drehschleifarbeiten sehr gesucht werden. Die im Handel vorkommenden Exemplare sind gewöhnlich zwischen 1/2 und 6 Pfund schwer, und zwar werden die 1/2 bis 1 Pfundigen im Durchschnitt mit 2,60 M., die 4 bis 6 Pfundigen mit 3,20 bis 7 Mark bezahlt. Das häufige Vorkommen von 1/2 bis 1 Pfundigen Zähnen beweist übrigens, daß besonders die jüngeren Thiere, welche sich arglos in menschliche Nähe wagen, schonungslos maffakirt werden. Ganz dasselbe ist beim Elephanten der Fall. Auf den letzten beiden Londoner Auktionen waren Nilpferdzähne in nur geringer Quantität vertreten, da in Folge des englisch-sudanesischen Krieges der Hauptstapelplatz für diese Waare, nämlich Abartum traurigen Angebens, verschlossen ist. Ueber den Handel zwischen den Eingeborenen und dem Europäer, ganz besonders an der Ost- und Westküste Afrikas, ist in jüngster Zeit so vielfach die Rede gewesen, daß füglich Neues nicht gebracht werden kann. Gleichwohl dürfte ein Zug, der den Neger trefflich charakterisirt und von unserem Bewußtsein besonders hervorgehoben wird, noch Interesse beanspruchen. Es handelte sich mehrere Male um schöne Elephantenzähne, die jenem Herrn, der längere Zeit „drüben“ war, von einem etwa 60 deutsche Meilen von der Küste wohnenden Häuptling zum Kaufe angeboten wurden. Man wurde wegen einer geringen Preisdifferenz nicht handeßendig und der schwarze Sohn Afrikas postete kurz entschlossen seine beiden Zähne zusammen und wanderte 60 deutsche Meilen wieder heimwärts. Solches wiederholte sich verschiedene Male. Das erinnert an die Fähigkeit der westfälischen Bauern, deren einer einmal wegen einer Preisdifferenz von einem Pfennig seine Karre Loth, die er zum Verkauf nach Minden gebracht hatte, wieder zum heimathlichen Dorfe zurückfuhr. Schließlich möge noch eines seltsamen Tauschartikels erwähnt werden, den der Afrikaner nicht urgern akzeptirt, und das sind Raufschulkämme. Wir kennen eine deutsche Fabrik, deren Absatz vorzugsweise nach Afrika geht. Dem Neger genährt es einen unbeschreib-

lichen Genuß, sich mit einem solchen Instrument durch das dicke Wollhaar zu fahren und die leichte Kavallerie, welche dort ihre Heimstätte aufgeschlagen hat, in ihrer beglückten Ruhe aufzuführen. In dieser Operation scheint wenigstens der Hauptzweck des Kämmens zu liegen, weniger in dem des Feistrens.
Aus der Schule. Lehrer: „Kannst Du mir noch einige von den Sprüchwörtern nennen, die ich Euch das letzte Mal gelehrt habe? Nicht? Ich will Dir helfen. Wer hat 3 B. Gold im Munde?“ — Hans: „Meine Mama, seitdem sie neulich beim Zahnarzt gewesen ist.“
Unparteiisch. Bäuerin (zum Knecht): „Du fänst jrgt ar, nobel zu werden, Hannes. Jetzt streichst Du Dir das Butterbrot gar auf beiden Seiten.“ — Knecht: „Seh' i n t ein, warum net. Ich hab' mei' Untel'pp' grad' so gem, als mei' Obelipp'!“

Kleine Mittheilungen.

Aus der Schweiz. Durch die Zeitungen ging die Nachricht, daß ein Mädchen in St. Gallen sich schuldig bekannte, fünf eigene uneheliche Kinder getödtet zu haben, während eine nähere Untersuchung ergab, daß sie gar nie geboren hatte. Der Fall ist, wie das „St. Galler Tagbl.“ schreibt, in einer deutschen medizinischen Zeitschrift bereits einmüthig in objektives wissenschaftlicher Darlegung erörtert worden und wüßte ein eigentümliches Licht auf die vorangegangenen betreffenden Amtshandlungen und auf die mit denselben im Zusammenhang stehenden Vorurtheile. Der Fall betrifft ein 22jähriges, aus Deutschland gebürtiges Dienstmädchen, welches am 27. Jan. 1884 als der Ermordung eines zwei Tage vorher im Langgahowebler (Gemeinde Tablat) aufgefundenen Kindes verdächtig verhaftet worden war und sodann auch eingekerkert wurde, die Mutter des Kindes zu sein und dasselbe zuerst erwürgt und nachher in den fraglichen Weiber geworfen zu haben. Die ärztliche Untersuchung der Angeklagten seitens des Phyziats Tablat schloß auf volle Zurechnungsfähigkeit einerseits und andererseits dahin, daß die Angeklagte zweifellos geboren habe. Im Laufe der Untersuchung machte das Mädchen zudem noch eine ganze Reihe von Selbstanklagen über früher bezogene Kindermorde, Abtreibungen u. s. w., bei welchen Aussagen es sich indes in ein ganzes Netz der unbilligsten und kraßtesten Widersprüche verflocht. Als dann die eigentliche Thäterin des in Frage stehenden Kindermordes in einer ganz anderen Frau (der später vom Kantonsgerichte wegen Kindermordes zum Tode verurtheilt, vom Großen Rath begnadigten Frau Egger) entdeckt wurde und ein großer Theil der auf frühere Geburten bezüglichen Selbstanklagen der augenblicklichen fünfjährigen Mörderin von den deutschen Behörden als völlig unhaltbar und jeden thatsächlichen Bodens entbehrend dargestellt worden war, wurde trotz des negativen Befundes des Phyziates dringender Verdacht auf Bestehung einer Geistesstörung geschöpft und das Mädchen auf Beschluß der Anklagekammer zum Zwecke seelenheilunglicher Untersuchung und Beobachtung nach St. Birmensberg geschickt. Dort ergab sich dann, daß dasselbe noch nie geboren hatte und daß alle seine bezüglichen Aussagen, sowie höchst wahrscheinlich alle Verbrechen, die es sich selbst zur Last gelegt hatte, als leere Selbstankündigungen zu betrachten sind. Im Ferneren stellte sich heraus, daß die Explorandin schwer geisteskrank ist, beziehungsweise an ursprünglichem und ererbtem Schwachsinn, verbunden mit traumhafter Melancholie, leidet. Das erwähnte Blatt fügt hinzu, daß die Angeklagte auf die Frage, warum sie vor Amt eine Reihe solcher total aus der Lust gegriffener Angaben gemacht habe, stets zur Antwort gab, durch Drohungen und Mißhandlungen in eine furchtbare Angst versetzt worden zu sein, in welcher sie Alles bejahte, was die sehr inquisitorisch geföhrte Untersuchung von ihr haben wollte.

In Leicester fand am Montag eine großartige Kundgebung gegen den Impfwang st. t. Etwa 20 000 Bürger zogen durch die mit Bannern und Flaggen geschmückten Straßen nach dem Marktplatz, um Protest gegen die erzwungene Impfung, welche an 5000 Personen vollzogen worden war, einzulegen. In Gegenwart von Delegirten aus allen Theilen des Landes wurde ein Bildniß von Dr. Jenner verbrannt und ebenso wurde ein Exemplar des Impfwangsgesetzes den Flammen übergeben.

Uipine, 24 März. Der „Schl. Bg.“ wird gemeldet: Gestern früh 5 Uhr riß bei L. Hörderswale der „Deutschland-Grube“ das Seil. Die Hörderswale fürste in Folge dessen mit 8 Personen in den Schacht. Zwei der Berunglückten sind todt, fünf leicht, einer schwer verwundet.

Theater.
Königliches Opernhaus. Heute: Die Wallfäre
Königliches Schauspielhaus. Heute: Roderich Keller.
Deutsches Theater. Heute: Fiedlo.
Bellealliance-Theater. Heute: Der Hypochonder.
Neues Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Heute: Gasparone.
Central-Theater: Alte Jakobstraße 30. Direktor: Ad. Ernst. Heute: Der Balzer-König.
Residenz-Theater: Direktion Anton Anno. Heute: Zum 37. Male: Der Vergnügungszug. Hierauf: Die Schulleiterin.
Dalhalla-Operetten-Theater: Heute: Der Feldprediger.
Louisenstädtisches Theater: Heute: Die Waife aus Komodo.
Ostend-Theater: Heute: Lorbeerbaum und Bettelstüb.
Dallner-Theater. Heute: Die Sorglosen.
Victoria-Theater. Heute: Sulfoxina.
Alhambra-Theater. Heute: Bella-Vista, oder: Die Raube des Indianers.

Ortskrankenkasse der Klempner.
Am Mittwoch, den 25. d. Mts., Vorm. 9 1/2 Uhr, versied unser langjähriger Rentant, Herr L. Hundertmark.
Den Verdiensten, die sich derselbe um die Kasse erworben hat, Rechnung tragend, ersuchen wir die Mitglieder der Kasse, sich recht zahlreich bei der Beerdigung, die am Sonnabend, den 28. d. M., Nachm. 2 Uhr, vom Trauerhause, Stallgerstr. 13, aus stattfindet, zu betheiligen.
Der Vorstand.
Wegen Räumung des Gartens billigt: Fliederbäume, Rosen, Hyacinthen, Tulpen, Narzissen, weiße Lilien, Johannisbeeren, Stachel- und Himbeer-Sträucher, Erdbeeren, edlen und wilden Wein von 3-30 Fuß Länge, Goldlack, Bergfarn, meinnicht und Stiefmütter-Planzen.
Reichenbergerstraße 131 u. 132 bei Wendt.
Eine freundliche Schlafstube für 1 oder 2 Herren Gubenstr. 61, Hof 4 Tr., bei Dreywig.

Unserem allverehrten Freunde
Fr. Matthaei, genannt Patsch,
zum heutigen Tage ein donnerndes Hoch.
Es hat ja einen Zweck — wered — med — med.
Seine Freunde.

Verein der Sattler und Fachgenossen.
Sonnabend, den 28. März, Abends 8 1/2 Uhr,
in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstr. 77/79,
Versammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht des Gesellen-Ausschusses. 2. Bericht der Lohnkommission. 3. Verschiedenes.
Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder.
Der Vorstand.

Fachverein der Nähmaschinenarbeiter und Berufsgenossen
Sonnabend, den 28. d. Mts., Abends 8 1/2 Uhr,
in Feuerstein's Restaurant, Alte Jakobstraße Nr. 75:
Versammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht über den Stand der Vielefelder Streiks. 2. Bericht über das am 1. Osterfeiertag stattfindende Stiftungsfest. 3. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Mitglieder-Versammlung des Vereins zur Wahrung d. Interessen d. Klavierarbeiter
Sonnabend, den 28. März, Abends 8 1/2 Uhr,
in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstr. 77/79,
Tagesordnung:
1. Vortrag. 2. Wahl eines Beisizers. 3. Verschiedenes und Fragekasten.
Die Mitglieder werden ersucht, das Quittungsbuch der Wahl mitzubringen. — Gäste willkommen.
Der Vorstand.

Möbel- und Polsterwaaren-Fabrik von A. Schulz, Wasserthorstr. 84, empfiehlt nur reelle Möbel unter Garantie. Auch Theilzahlung. 637

Soeben erschien:
Das Elend der Philosophie.
Antwort auf Broudhons „Philosophie des Elends“.
Von
Karl Marx,
Mit einem Vorwort von Friedrich Engels.
Preis Mark 3.50.
Zu beziehen durch die Expedition **Bismackstr. 44.**

Drucksachen
== aller Art, ==
namentlich
Circularre, Rechnungs- und Quittungsformulare, Adresskarten, Prospekte, Preis-Courante, Brodhüren, Statuten und Quittungsbücher, Marken, sämmtliche Formulare für Krankenkassen etc.
werden prompt und preiswerth angefertigt.
Buchdruckerei
MAX BADING
Beuthstrasse 2.